

Soziales Recht

Wissenschaftliche Zeitschrift
für Arbeits- und Sozialrecht

Herausgegeben von
Prof. Dr. Olaf Deinert und
Prof. Dr. Rüdiger Krause,
Institut für Arbeitsrecht
der Georg-August Universität
Göttingen



in Zusammenarbeit mit



Abhandlungen

Das Arbeitszeitrecht der IAO: ein Impulsgeber für das Unionsrecht?

Achim Seifert Seite **169**

Die Reichweite der Gewährleistung des menschenwürdigen Existenz-
minimums aus Art. 1 Abs. 1 GG iVm. Art. 20 Abs. 1 GG als Menschenrecht

Frank Schreiber Seite **181**

Die Jobs Act-Reform in Italien: »Smarte Regelung« des Weisungsrechts
und neuer Rechtsrahmen für Selbständige

Elena Gramano/Hendric Stolzenberg Seite **195**

Rezensionsaufsätze

Ricarda Zeh, Der Arbeitnehmer im liberalisierten Welthandel, Freizügigkeit,
Entsendung und Freie Exportzonen

Benedikt Schmidt Seite **207**

Zusammenfassungen (Abstracts) | Vorschau

Seite **212**

Arbeit und Recht

Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht

Aufsätze

Seite 452

- **Peter Voigt**
Homeoffice ≠ Mobile Arbeit
- **Heiner Fechner**
Durchsetzung von Mindestarbeitsbedingungen durch Wettbewerbsrecht? Effet inutile beim BGH
- **Sonja Mangold**
Der Beitrag transnationaler Unternehmensvereinbarungen zur Regulierung von atypischer Beschäftigung



arbeitundrecht.eu

Rechtsprechung

Seite 479

- **BVerfG:** Beamtenstreik zwischen BVerfG und EGMR (Klein)
- **EuGH:** Begriff des »Beherrschenden Unternehmens« (m. Anm.)
- **EuGH:** Übergang von Unternehmen – Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer – Dienstleistungsauftrag für den Betrieb einer städtischen Musikschule
- **BAG:** Offene Videoüberwachung – Verwertungsverbot (m. Anm.)
- **BAG:** Streikbruchprämie zulässiges Mittel im Arbeitskampf (m. Anm.)
- **EuGH:** Kündigung eines katholischen Chefarztes wegen erneuter Eheschließung – verbotene Diskriminierung wegen der Religion
- **BSG:** Zeiten einer unwiderruflichen Freistellung relevant für Höhe des Arbeitslosengelds (m. Anm.)



Aufsätze

Peter Voigt, Homeoffice ≠ Mobile Arbeit	452
Heiner Fechner, Durchsetzung von Mindestarbeitsbedingungen durch Wettbewerbsrecht? Effet inutile beim BGH	456
Sonja Mangold, Der Beitrag transnationaler Unternehmensvereinbarungen zur Regulierung von atypischer Beschäftigung	460

Arbeit und Rechtspolitik

Bericht aus Berlin	462
Zum Ausbau des vereinfachten Wahlverfahrens (Klocke)	464
Aktuelles aus Brüssel und Straßburg	467

Arbeit und Sozialrecht

Winkel/Nakielski, BSG: Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung muss bis zur Abschlussprüfung gezahlt werden	468
BSG: Trotz nicht versichertem Hinweg kann der Rückweg nach einem Termin bei der Arbeitsagentur unfallversichert sein	

Arbeit und Steuerrecht

Gamp, Home-Office-Vermietung: Wann können Renovierungs-Kosten geltend gemacht werden?	469
---	-----

Korrektur von: AuR 7 – 8/2018

Waldemar Reinfelder, Überstunden im Arbeitsgerichtsprozess	335
--	-----

Personalien | Termine | Info | Gelesen

Personalien	469
Termine	470
Info Tagungsberichte	471
Neuerscheinungen Aus anderen Zeitschriften	477
Buchbesprechung	478

Rechtsprechung

Entscheidungen mit Anmerkung			
BVerfG	12.06.18	Beamtenstreik zwischen BVerfG und EGMR (<i>Klein</i>)	479
Leitsätze der Redaktion mit Volltextzugang			
1. Individuelles Arbeitsrecht			
Befristung:			
BAG	25.04.18	Arbeitszeiterhöhung, Inhaltskontrolle	484
BVerfG	06.06.18	Sachgrundlose, Grenzen zulässiger richterlicher Rechtsfortbildung	
BAG	25.04.18	WissZeitVG, Wissenschaftliches Personal, Sprachlehre	485
BAG	25.04.18	WissZeitVG, Höchstbefristungsdauer, Verlängerung, Betreuung eines Kindes in Adoptionspflege	
LAG Hamm	14.06.18	WissZeitVG, Ressortforschungseinrichtung, wissenschaftliche Tätigkeit	
Datenschutz:			
EuGH	05.06.18	Verantwortliche Stelle – »Soziales« Netzwerk	
Gleichbehandlung:			
BAG	21.03.18	Nachtarbeitszuschlag	
Kirche:			
BAG	24.05.18	Unterschreitung des kirchlichen Vergütungsniveaus	486
Kündigung:			
BAG	24.05.18	Änderungsschutzklage, Streitgegenstand	
BAG	24.05.18	Auflösungsantrag, wahrheitswidriger Prozessvortrag	
LAG Hamburg	23.08.17	Beschäftigungsanspruch, Kündigungsfrist, einstweilige Verfügung	
BAG	25.04.18	Kündigungsschutzklage, nachträgliche Zulassung	
Mindestlohn:			
BAG	25.04.18	Zeitungszusteller, Nachtarbeitszuschlag	
Öffentlicher Dienst:			
OVG Saarland	17.05.18	Beamtenbesoldung A 11, Saarland, verfassungswidrig	
OVG Saarland	14.06.18	Beförderung, fehlende Vorbeurteilung wegen Krankheit	

VG Düsseldorf	15.05.18	Gleichbehandlung, Mindestgröße von 163 cm	487
BAG	24.05.18	Wechselschichtarbeit, § 7 Abs. 1 Satz 1 TVöD-K, Beginn der Monatsfrist	
Schwerbehinderung:			
LAG Nürnberg	18.04.18	Behindertengerechte Beschäftigung, Annahmeverzug, Schadensersatz	
Vergütung:			
BAG	25.04.18	Gesetzliche Vergütungspflicht, auswärtige Arbeitsstelle, Montagestammarbeiter	
LAG Hamburg	24.01.18	Sonderzahlung	
Vertragsrecht:			
BAG	25.04.18	AT-Beschäftigter, Mindestabstand zur tarifvertraglichen Vergütung	
LAG Niedersachsen	07.11.17	Aufhebungsvertrag, Widerruf, Haustürgeschäft	488
LAG Hessen	15.03.18	Schiedsrichtervereinbarung, kein Arbeitsvertrag	
BAG	27.03.18	Verweisungsklausel, Auslegung, »Neuvertrag«	
2. Kollektives Arbeitsrecht			
Betriebsverfassungsrecht:			
LAG Nürnberg	16.01.18	Betriebsvereinbarung, zusätzliche Abfindung, Stichtagsregelung, Sozialplan	
Mitbestimmung:			
LAG Köln	02.02.18	Arbeitszeit von Führungskräften, Unterlassungsanspruch	
BAG	19.12.17	Automatisierter Namensabgleich, Anti-Terror-Verordnungen	
BAG	15.03.18	Betriebsvereinbarung, Tarifsperre	
LAG Düsseldorf	18.10.17	Versetzung, Einordnung der Zuordnung zum HR-Placement	489
BAG	20.03.18	Vorlageanspruch des Betriebsrats, funktionelle Zuständigkeit, Schwerbehinderung	
Sozialplan:			
BAG	15.05.18	Auslegung, Bruttomonatsentgelt, Elternteilzeitverhältnisse	
Tarifrecht:			
BAG	19.06.18	Tarifbegriff: »wegen Erreichung der Altersgrenze«	
3. Verfahrensrecht			
Prozesskostenhilfe:			
LAG Nürnberg	19.06.18	Prozesskostenvorschuss, persönliche Angelegenheiten	
Rechtsweg:			
LAG Nürnberg	14.03.18	Datenschutzrechtlicher Auskunftsanspruch, Gesundheitszeugnis	
Revision:			
BAG	31.07.18	Absoluter Revisionsgrund, vorschriftswidrige Besetzung	
Urteilsverfahren:			
BAG	30.05.18	Teilurteil, Aufhebung	
Kurzmitteilungen			
EuGH	07.08.18	Begriff des »Beherrschenden Unternehmens« (Walter)	490
EuGH	07.08.18	Übergang von Unternehmen – Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer – Dienstleistungsauftrag für den Betrieb einer städtischen Musikschule	
EuG	13.07.18	Umfang der gerichtlichen Überprüfung von Mobbing und Schadensersatz	491
BAG	23.08.18	Offene Videoüberwachung – Verwertungsverbot (Veeck)	492
BAG	14.08.18	Streikbruchprämie zulässiges Mittel im Arbeitskampf (Kapeller)	493
BAG	06.09.18	Kurzzeitige Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses für tarifvertraglichen Stufenaufstieg unschädlich	
EuGH	11.09.18	Kündigung eines katholischen Chefarztes wegen erneuter Eheschließung – Diskriminierung wegen der Religion	494
BSG	30.08.18	Zeiten einer unwiderruflichen Freistellung relevant für Höhe des Arbeitslosengelds (Klapp/Nazarek)	
LSG Essen	14.03.18	Krankenpfleger – nicht selbständig	495
BVerwG	09.05.18	Kein Ausgleich von überdurchschnittlicher Arbeitszeit durch Urlaubs- und Feiertage	
Zusammenfassungen/Abstracts			495

6620

18. Oktober 2018

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z236

ARD

AKTUELLES RECHT ZUM DIENSTVERHÄLTNIS

Redaktionsteam: Manfred Lindmayr, Birgit Bleyer, Bettina Sabara,
Sabine Sadlo, Barbara Tuma

THEMA

» **Wilhelm Kurzböck:** Bericht über das 18. ELDA-Softwarehersteller-Meeting vom 3. 10. 2018

RECHTSPRECHUNG

- » Änderung des Beschäftigungsausmaßes eines Vertragsbediensteten per Weisung?
- » Beschränkte Anrechnung des Zivildienstes bei Vertragsbediensteten
- » Vorarlberger Gemeindeangestellte: Rückzahlung von unrechtmäßig ausbezahltem Entgelt
- » VBG: Kündigungsgrund der Organisationsänderung
- » Meldepflichtverletzung: Auswirkung eines Parallelverfahrens gegen zweiten Geschäftsführer
- » Unentgeltliche Tätigkeit für Verein – keine Pflichtversicherung
- » BFG: Arbeitskräftegestellung im Rahmen einer Konzernentsendung
- » BFG: Kinderbetreuungskosten – Zuschuss des Arbeitgebers zur Kinderbetreuung

**IN ALLER KÜRZE**

2

THEMA – PERSONALVERRECHNUNG**Wilhelm Kurzböck: Bericht über das 18. ELDA-Softwarehersteller-Meeting vom 3. 10. 2018**

3

Im Rahmen des ELDA-Softwarehersteller-Treffens werden jedes Jahr von Vertretern der Sozialversicherung und der Finanzverwaltung zahlreiche für die Personalverrechnung sehr interessante Details besprochen. Beim diesjährigen Meeting am 3. 10. 2018 wurden ua Fragen zum Familienbonus Plus, der monatlichen Beitragsgrundlagenmeldung (mBGM), zum Jahreslohnzettel und zur Behandlung von Feiertagen im Krankenstand behandelt. Im aktuellen Beitrag hat *Wilhelm Kurzböck* die für die Personalverrechnung wichtigen Informationen kompakt zusammengefasst.

RECHTSPRECHUNG**» VERTRAGSBEDIENSTETENRECHT**

Änderung des Beschäftigungsmaßes eines Vertragsbediensteten per Weisung?	7
Beschränkte Anrechnung des Zivildienstes bei Vertragsbediensteten	8
Anrechnung von Vordienstzeiten bei Vertragsbediensteten	9
Ausnahme vom NÖ-GVBG bei bloß vorübergehenden Tätigkeiten	10
Vorarbeiter Gemeindeangestellte: Rückzahlung von unrechtmäßig ausbezahltem Entgelt	10
Wr VBO: Verlassen der U-Bahn-Station als Stationswart – Kündigung	11
VBG: Kündigungsgrund der Organisationsänderung	12
Kündigung eines NÖ Landesbediensteten wegen Organisationsänderung	13
Wr VBO: Unverschuldeter verspäteter Dienstantritt – kein Kündigungsgrund	14

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Meldepflichtverletzung: Auswirkung eines Parallelverfahrens gegen zweiten Geschäftsführer	14
Unentgeltliche Tätigkeit für Verein – keine Pflichtversicherung	16

» STEUERRECHT

Wiedereinsetzung – Vormerkung einer Rechtsmittelfrist	17
BFG: Arbeitskräftegestellung im Rahmen einer Konzernentsendung	17
BFG: Kinderbetreuungskosten – Zuschuss des Arbeitgebers zur Kinderbetreuung	19

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

19

NZWiS

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z321

Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht

- Herausgegeben von
Prof. Dr. Katharina Beckemper
Dr. Bernhard Böhm
Prof. Dr. Jens Bülte
Prof. Dr. Gerhard Dannecker
Prof. Dr. Jürgen P. Graf
Dr. Gina Greeve
Anke Hadamitzky
Dr. Jörg Horney
Prof. Dr. Markus Jäger
Thomas C. Knierim
Prof. Dr. Andreas Mosbacher
Dr. Klaus Moosmayer
Prof. Dr. Tido Park
Prof. Dr. Andreas Ransiek, LL.M.
Prof. Dr. Thomas Rönnau
Stefan Rolletschke
Kai Sackreuther
Prof. Dr. Christian Schröder
Prof. Dr. Jürgen Taschke
- A. Lilie-Hutz/S. R. Ihwas**
 Ein Ausblick auf Internal Investigations nach
 den VW/Jones Day-Entscheidungen 349
- W. Wostry**
 Kritische Betrachtung ausgewählter Aspekte der
 Entscheidungen des BVerfG zur Beschlagnahme
 von Dokumenten aus Internal Investigations 356
- D. Beyer**
 Auswirkungen der Erklärungsfiction des
 § 150 Abs. 7 S. 2 AO im Steuerstrafrecht bei
 Mitteilungen Dritter gem. § 93 c AO 359
- (Beschwerde der Rechtsanwaltskanzlei Jones Day)**
 BVerfG, Beschl. v. 27.6.2018 – 2 BvR 1405/17,
 2 BvR 1780/17 363
- (Beschwerde der Rechtsanwaltskanzlei Jones Day)**
 BVerfG, Beschl. v. 27.6.2018 – 2 BvR 1287/17,
 2 BvR 1583/17 372
- (Beschwerde der bei Jones Day tätigen Rechtsanwälte)**
 BVerfG, Beschl. v. 27.6.2018 – 2 BvR 1562/17 375
- Berücksichtigung eines Compliance-Management-
 Systems bei der Bußgeldbemessung**
 BGH, Urt. v. 9.5.2017 – 1 StR 265/16 (LG München I)
 (m. Anm. *Hugger/Pasewaldt und Adick/Linke*) 379


 C.H. BECK

9/2018

27. September 2018
 7. Jahrgang S. 349–392



0950201809

Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze	<i>Dr. Astrid Lilie-Hutz/Dr. Saleh R. Ihwas</i> Ein Ausblick auf Internal Investigations nach den VW/Jones Day-Entscheidungen	349
	<i>Dr. Thomas Wostry</i> Kritische Betrachtung ausgewählter Aspekte der Entscheidungen des BVerfG zur Beschlagnahme von Dokumenten aus Internal Investigations	356
	<i>Dirk Beyer</i> Auswirkungen der Erklärungsfiktion des § 150 Abs. 7 S. 2 AO für Steuerstraf- recht bei Mitteilungen Dritter gem. § 93 c AO	359
Rechtsprechung	Wirtschaftsstrafrecht	
	Verfassungsbeschwerden anlässlich der Durchsuchung einer Anwaltskanzlei im Zuge des „Diesel-Skandals“ erfolglos (Beschwerde der Volkswagen AG) BVerfG, Beschl. v. 27.6.2018 – 2 BvR 1405/17, 2 BvR 1780/17	363
	(Beschwerde der Rechtsanwaltskanzlei Jones Day) BVerfG, Beschl. v. 27.6.2018 – 2 BvR 1287/17, 2 BvR 1583/17	372
	(Beschwerde der bei Jones Day tätigen Rechtsanwälte) BVerfG, Beschl. v. 27.6.2018 – 2 BvR 1562/17	375
	Steuerstrafrecht/Steuerrecht	
	Berücksichtigung eines Compliance-Management-Systems bei der Bußgeld- bemessung BGH, Urt. v. 9.5.2017 – 1 StR 265/16 (LG München I) (m. Anm. Hugger/Pasewaldt und Adick/Linke)	379
Impressum		IV
Mitteilungen	Literaturspiegel Steuerstrafrecht Stand 24.9.2018 (Madauß)	V



Archiv **D3-Z142**
öffentlichen Rechts

In Verbindung mit
Peter Badura · Rüdiger Breuer
Jochen Abr. Frowein · Peter Häberle
Gerhard Robbers

Herausgegeben von
Udo Di Fabio · Martin Eifert
Peter M. Huber

143. Band, Heft 3
September 2018



Mohr Siebeck

Archiv des öffentlichen Rechts

143. Band (2018), Heft 3

Inhalt

Abhandlungen

- Prof. Dr. *Carsten Bäcker*, Bayreuth
Begrenzter Wandel. Das Gewollte als Grenze des Verfassungswandels
am Beispiel des Art. 6 I GG 339
- Prof. Dr. *Jan Philipp Schaefer*, München
Die „Ehe für alle“ und die Grenzen der Verfassungsfortbildung 393

Kleine Beiträge

- Prof. Dr. *Josef Franz Lindner*, Augsburg
Bundesverfassung und Landesverfassung.
Zugleich ein Beitrag zur sogenannten Bestandteilslehre 437
- Dr. *Philipp Lassahn*, Frankfurt a. M.
Die neuen „Bürgerwehren“ und das staatliche Gewaltmonopol.
Private Sicherheitskräfte zwischen Gefahrenabwehr und
Gefahrenquelle 471

Literatur

Anzeigen

- David Kuch: Die Autorität des Rechts. Zur Rechtsphilosophie
von Joseph Raz
(Prof. Dr. *Ralf Poscher*, Freiburg i. Br.) 514
- Thomas Weigelt: Die wachsende Stadt als Herausforderung
für das Recht. Rechtliche Instrumente zum Erhalt und zur Schaffung
heterogener Bevölkerungsstrukturen in der Innenstadt
(Prof. Dr. *Kurt Faßbender*, Leipzig) 516
- Redaktionelle Notiz 520



Zeitschrift für

VERGABERECHT UND BAUVERTRAGSRECHT

ZVB

WU

D3-Z128

Herausgeber **Josef Aicher, Michael Holoubek, Johannes Schramm, Bernt Elsner, Michael Fruhmann, Rudolf Lessiak, Andreas Kropik**
 Redaktion und Schriftleitung **Johannes Schramm, Josef Aicher**

Oktober 2018

10

397 – 444

Vergaberecht**Ein Bescheid ist (k)ein Vertrag?***Cornelia Lanser* ● 401**Zur Zulässigkeit der Nachreichung von Referenzprojekten***Georg Gruber und Thomas Gruber* ● 411

Der Anwendungsbereich der RL 2004/18/EG ist eng mit der Ausschließlichkeit des Wirtschaftsteilnehmers, dessen Angebot angenommen wurde, verbunden *Albert Oppel* ● 413

Maßgeblicher Zeitpunkt für den Ausschlussgrund der Nichtentrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen im offenen Verfahren *Michaela Salamun* ● 417

SERVICE – Horizontale Zusammenarbeit und zentrale Beschaffungsstellen nach dem BVergG 2018 *Albert Oppel* ● 421

Bauvertragsrecht

Der systematische Umgang mit dem Thema Schlechtwetter – Bedeutung und Auslegung von Schlechtwetterregelungen

Christian Hofstadler und Markus Kummer ● 428

Zur Beurteilung der „Ungewöhnlichkeit“ einer (Verfalls-)Klausel in einem vorformulierten Klauselkatalog *Carina Berl* ● 441

MUSTER – Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen durch den AG (Mangel- und Mangelfolgeschäden) *Johannes Bousek* ● 443

→ Editorial	397
<i>Von Johannes Schramm und Josef Aicher</i>	

ZVB-Aktuell.	400
----------------------	-----

Vergaberecht

Beitrag

→ Ein Bescheid ist (k)ein Vertrag?	401
--	-----

Zum Vertragselement in der Konzessionsrichtlinie 2014/23/EU

Im Zuge der Vergaberechtsreform 2014 wurden mit der KonzessionsRL Dienstleistungskonzessionen in das sekundäre Vergaberegime aufgenommen. Der Begriff der Dienstleistungskonzession wird darin jedoch nicht scharf konturiert, weshalb der Anwendungsbereich, und insbesondere die davon erfassten Übertragungsformen, unklar sind. Der Beitrag untersucht, welche Rechtsakte in die KonzessionsRL einbezogen und damit als Dienstleistungskonzessionen qualifiziert werden können.

Von Cornelia Lanser

ZVB-Leitsatzkartei

→ ZVB-LSK 2018/81–90	410
--------------------------------	-----

Rechtsprechung

→ Zur Zulässigkeit der Nachreichung von Referenzprojekten.	411
--	-----

BVwG 4. 5. 2018, W187 2190113-2/23E

Mit Anmerkung und Praxistipp von Georg Gruber und Thomas Gruber

→ Der Anwendungsbereich der RL 2004/18/EG ist eng mit der Ausschließlichkeit des Wirtschaftsteilnehmers, dessen Angebot angenommen wurde, verbunden	413
---	-----

EuGH 1. 3. 2018, C-9/17, *Trikkonen*

Mit Anmerkung und Praxistipp von Albert Oppel

→ Maßgeblicher Zeitpunkt für den Ausschlussgrund der Nichtentrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen im offenen Verfahren	417
---	-----

EuGH 10. 11. 2016, C-199/15, *Ciclat*

Mit Anmerkung und Praxistipp von Michaela Salamun

Serviceteil

→ Horizontale Zusammenarbeit und zentrale Beschaffungsstellen nach dem BVergG 2018	421
--	-----

Von Albert Oppel

Bauvertragsrecht

Beitrag

→ Der systematische Umgang mit dem Thema Schlechtwetter – Bedeutung und Auslegung von Schlechtwetterregelungen. 428

Teil 2

Die Auswirkungen von Schlechtwetter auf das Produktionssystem sowie die Unterschiede zwischen Witterung, Wetter und Klima wurden bereits im ersten Teil des Beitrags dargestellt. Ebenfalls wurde bereits auf die Differenzierung zwischen „Jährlichkeit“ und „Jährigkeit“ und die Bedeutung der Über- und Unterschreitungswahrscheinlichkeit bei unterschiedlichen Jährlichkeiten eingegangen. In Teil 2 werden insbesondere die Bestimmungen der ÖNORM B 2110:2013 und der ÖNORM B 2118:2013 hinsichtlich des Schlechtwetters aufgegriffen. Der Fokus liegt dabei auf der Interpretation und Auslegung der Normen in der praktischen Anwendung und dem Aufzeigen von möglichen Verbesserungspotenzialen.

Von *Christian Hofstadler und Markus Kummer*

Rechtsprechung

→ Zur Beurteilung der „Ungewöhnlichkeit“ einer (Verfalls-)Klausel in einem vorformulierten Klauselkatalog 441

OGH 26. 6. 2018, 10 Ob 17/18z

Mit Anmerkung und Praxistipp von *Carina Berl*

Musterserie

→ Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen durch den AG (Mangel- und Mangelfolgeschäden) 443

Von *Johannes Bousek*

Standards

→ Impressum 397



[MitarbeiterInnen dieses Hefts]

Mag. *Carina Berl*, Rechtsanwaltsanwältin bei Lessiak & Partner Rechtsanwälte
 Mag. *Johannes Bousek*, Rechtsanwalt bei Lattenmayer, Luks, Enzinger Rechtsanwälte
 Mag. *Georg Gruber*, Vergabejurist
 Mag. *Thomas Gruber*, Richter des Bundesverwaltungsgerichts
 Mag. *Leo Haslhofer*, Rechtsanwalt bei Schramm Öhler Rechtsanwälte
 Assoc.Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. *Christian Hofstadler*, Vorstand des Instituts für Baubetrieb und Bauwirtschaft, TU Graz
 Dipl.-Ing. Dr.techn. *Markus Kummer*, Projektassistent am Institut für Baubetrieb und Bauwirtschaft, TU Graz
 Mag. *Cornelia Lanser*, Assistentin am Institut für Europarecht, Internationales Recht und Rechtsvergleichung, Universität Wien
 Dr. *Albert Oppel*, Richter des Verwaltungsgerichts Wien
 Mag. *Franz Pachner*, fachkundiger Laienrichter beim BVwG, BMWFV iR
 Mag. *Riccarda Peck*, Rechtsanwaltsanwältin bei Schramm Öhler Rechtsanwälte
 Mag. *Hannes Pesendorfer*, Rechtsanwalt bei Schramm Öhler Rechtsanwälte
 MMag. Dr. *Michaela Salamun*, Richterin des Verwaltungsgerichts Wien

[Der Redaktionsbeirat]

Dr. *Stephan Denk*, Rechtsanwalt bei Freshfields Bruckhaus Deringer
 Dr. *Heimo Ellmer*, Leiter der Abteilung Baunormung, Referent für Vergabewesen im österreichischen Normungsinstitut, Lektor an der FH Technikum Kärnten, Sachverständiger
 Dr. *Hans Göllies*, Sachverständiger für Vergabe- und Verdingungswesen, Autor zahlreicher Publikationen in den Bereichen Bauvertrag und Vergabe
 Mag. *Reinhard Grasböck*, Richter des Bundesverwaltungsgerichts
 Doz. Dr. *Brigitte Gutknecht*, Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien

Univ.-Prof. DI Dr. *Andreas Kropik*, Professor für Bauwirtschaft und Baumanagement an der TU Wien, geschäftsführender Gesellschafter der Bauwirtschaftlichen Beratung GmbH mit Sitz in Perchtoldsdorf bei Wien, Sachverständiger
 Dr. *Rudolf Lessiak*, Rechtsanwalt und Seniorpartner einer Kanzlei mit Schwerpunkt im Vergaberecht
 Dr. *Matthias Öhler*, Rechtsanwalt und Partner bei Schramm Öhler Rechtsanwälte
 Mag. *Franz Pachner*, fachkundiger Laienrichter beim BVwG, BMWFV iR

[BundesländerkorrespondentInnen]

Mag. *Otto-Imre Pathy*, Landesverwaltungsgericht Vorarlberg
 Dr. *Robert Berger*, Amt der Salzburger Landesregierung
 Dr. *Doris Hattenberger*, Universität Klagenfurt
 Mag. *Beatrix Lehner*, Richterin des Bundesverwaltungsgerichts (Außenstelle Graz)
 Dr. *Albert Oppel*, Richter des Verwaltungsgerichtes Wien
 Mag. *Christian Fuzicka*, Stadt Wien, MA 63
 Dr. *Sigmund Rosenkranz*, Senatsvorsitzender des Landesverwaltungsgerichts Tirol
 Mag. *Manja Schlossar-Schiretz*, Landesverwaltungsgericht Steiermark
 Mag. *Karin Schnabl*, Landesverwaltungsgericht Steiermark
 Dr. *Volker Wurdinger*, Landesverwaltungsgericht Tirol

Die veröffentlichten Beiträge geben die persönliche Meinung der/des jeweiligen Autorin/Autors wieder, welche sich nicht unbedingt mit der Meinung der Behörde, der die/der jeweilige Autorin/Autor angehört, decken muss.

RECHT **RdU** DER UMWELT

DB-Z106

Bericht
Umweltrechts-
tage

Schifffleitung + Redaktion **Ferdinand Kerschner**

Redaktion **Wilhelm Bergthaler, Eva Schulev-Steindl**

Ständige Mitarbeiter **W. Berger, M. Bydlinski, D. Ennöckl, B.-C. Funk, D. Hinterwirth, W. Hochreiter, P. Jabornegg, V. Madner, F. Oberleitner, B. Raschauer, N. Raschauer, P. Sander, J. Stabentheiner, E. Wagner, R. Weiß**

Oktober 2018

05

177 – 220

Schwerpunkt StandortentwicklungsG

Standpauke für die „Standortentwicklung“

Eva Schulev-Steindl und Ferdinand Kerschner ➔ 177

Weit über den Strang gehauen: Der Ministerialentwurf des Standortentwicklungsgesetzes *Erika Wagner* ➔ 181

Beiträge

Rechtsprechung im Umwelt-Verwaltungsstrafrecht 2017

Wolfgang Wessely ➔ 185

Das Aneignungsrecht der Natur

Nora Pentz und Gregor Schamschula ➔ 189

Aktuelles Umweltrecht

Bericht der EK zur Anwendung des EU-Rechts ➔ 192

Novelle der GewO ➔ 196

Leitsatzkartei

Schwerpunkt Wasserrecht ➔ 200

Umwelt & Technik

Die neue Umweltzeichenrichtlinie *Christian Piska* ➔ U&T 94

Rechtsprechung

EuGH: Mit Mutagenese gewonnene Organismen sind GVO

Giuseppe Giorgio Reiter ➔ 205

VwGH bejaht Antragsrecht von Umweltorganisationen für Luftreinhaltemaßnahmen *Teresa Fritz* ➔ 211

OGH: Nachbar kann Blendwirkung von Solarpanelen untersagen

Silvia Riederer ➔ 216



Schnell und aktuell 180

Schwerpunkt Standortentwicklungsgesetz

→ Editorial 177

Standpauke für die „Standortentwicklung“

Von Eva Schulev-Steindl und Ferdinand Kerschner

→ Weit über den Strang gehauen: Der Ministerialentwurf des Standortentwicklungsgesetzes 67/ME 26. GP 181

Der Entwurf des Standortentwicklungsgesetzes ist in seinem Grundanliegen unsanierbar, da Verfahrensbeschleunigung um den Preis der Grundrechtswidrigkeit und Europarechtswidrigkeit erreicht wird. Rechtssicherheit kann dadurch nicht erreicht werden.

Von Erika Wagner

Beiträge

→ Die höchstgerichtliche Rechtsprechung im Umwelt-Verwaltungsstrafrecht 2017 185

Auch im Bereich des Umwelt-Verwaltungsstrafrechts war 2017 in der höchstgerichtlichen Rspr ein weiterer Rückgang inhaltlicher Auseinandersetzungen zu verzeichnen. Soweit sie stattfanden, bewegten sie sich weitgehend in bekannten Bahnen. Vereinzelt, namentlich zum AWG, ließen einschlägige Judikate gleichwohl aufhorchen.

Von Wolfgang Wessely

→ Das Aneignungsrecht der Natur 189

IZm der Rückkehr und Ausbreitung einst beinahe ausgestorbener Arten finden Aushandlungsprozesse rund um das menschliche Aneignungsrecht an der Natur auf der einen und innernatürliche Abläufe auf der anderen Seite statt.

Von Nora Pentz und Gregor Schamschula

Europarecht

Bearbeitet von Verena Madner und Birgit Hollaus

→ Allgemein 192

→ Aarhus, Abfall 193

→ Chemikalien, Klimaschutz 194

Bundesrecht

Bearbeitet von Daniel Ennöckl und Eva Erlacher

→ Gewerberecht, Abfallrecht 196

→ Wasserrecht, Chemierecht, Verkehrsrecht 197

→ Pflanzenschutzrecht 198

Landesrecht

Bearbeitet von Daniel Ennöckl und Eva Erlacher

→ Burgenland, Kärnten, Niederösterreich 198

→ Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg 199

→ Wien 200

RdU-Leitsatzkartei

- RdU-LSK 2018/38–51 200



Rechtsprechung

- Mit Mutagenese gewonnene Organismen sind GVO 205

EuGH 25. 7. 2017, C-528/16

Mit Anmerkung von Giuseppe Giorgio Reiter

- Antragsrecht anerkannter Umweltorganisationen bei Untätigkeit von Behörden
im Luftreinhalterecht 211

VwGH 19. 2. 2018, Ra 2015/07/0074

Mit Anmerkung von Teresa Fritz

- Unterlassungsanspruch aufgrund der Blendwirkung von Solarpanelen 216

OGH 29. 5. 2018, 1 Ob 1/18f

Mit Anmerkung von Silvia Riederer

Standards

- Impressum 177

- Buchbesprechung 219

- Veranstaltungen & Seminare 219



Umwelt und Technik

- Editorial 93

Mehr Recht mit weniger Wörtern. Oder: 3.000 sind genug!

Von Wilhelm Bergthaler

- Im Fokus: Die neue Umweltzeichenrichtlinie 94

Von Christian Piska

- 23. Österreichischen Umweltrechtstage 98

Von Elisabeth Maier

- Buchbesprechung 100

RdE – Recht der Energiewirtschaft

Heft 10-11/2018

A. Beiträge

<i>Eichberger</i>	Der verfassungsrechtliche Rahmen der Energiewende	453
<i>Gärditz</i>	Der völker- und europarechtliche Rahmen der Energiewende	457
<i>Kreuter-Kirchhof</i>	Der Rechtsrahmen für Speicher im EEG 2017	464

B. Rechtsprechung

<i>BGH</i>	Urt. v. 11.04.2018 – VIII ZR 197/16 Zur Einspeisevergütung nach dem EEG 2009 für Biomasseanlagen mit einer Leistung von mehr als 5 MW	473
<i>BGH</i>	Urt. v. 08.05.2018 – VI ZR 295/17 Zum Schadensersatzanspruch eines Netzbetreibers wegen eines »Qualitätselement-Schadens«	477
<i>BGH</i>	BGH, Beschl. v. 12.06.2018 – EnVR 31/17 Zu Investitionsmaßnahmen in die Hochspannungsebene (DB Energie GmbH)	483
<i>BGH</i>	Beschl. v. 12.06.2018 – EnVR 29/16 Zur Festlegung der Verlustenergiekosten als volatile Kosten	485
<i>OLG Düsseldorf</i>	Beschl. v. 11.07.2018 – VI-3 Kart 84/17 (V) Zur Veröffentlichung unternehmensbezogener Daten durch die Bundesnetzagentur	490
<i>OLG Düsseldorf</i>	Beschl. v. 16.07.2018 – VI-3 Kart 683/18 (V) Zur Veröffentlichung unternehmensbezogener Daten durch die Bundesnetzagentur	500
<i>OVG NRW</i>	Beschl. v. 13.09.2017 – 8 B 1373/16 Zur Genehmigung zur Errichtung und des Betriebs von Windenergieanlagen	506
<i>OVG NRW</i>	Urt. v. 11.12.2017 – 8 A 926/16 Zur Klagebefugnis im Falle der Rüge einer fehlerhaften UVP-Vorprüfung	510



HERAUSGEBER

Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas von Danwitz,
Luxemburg
Prof. Dr. Dr. Wolfgang Durner, Bonn
Marion Eckertz-Höfer, Leipzig
Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Berlin
Prof. Dr. Wolfgang Kahl, Heidelberg
Prof. Dr. Christoph Moench, Berlin
Prof. Dr. Hans-Werner Rengeling, Osnabrück
Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Rennert, Leipzig
Prof. Dr. Bernhard Stüer,
Münster/Osnabrück



AUS DEM INHALT

ABHANDLUNGEN

- Hans-Günter Henneke**
Hinreichende Rückbindung bei Entfremdung von der
entsendenden Gruppe S. 1313
- Andreas Kerkemeyer**
Ein Jahr nach dem Karlsruher Tarifeinheitsurteil – quo vadis
Tarifeinheit? S. 1322
- Davor Susnjar/Johannes Greiser**
Zur dogmatischen Einordnung des Grundrechts auf ein
menschenswürdiges Existenzminimum S. 1329

RECHTSPRECHUNG

- BGH**, Beschl. v. 06.06.2018 – IV ZB 10/17 –
Zur fristwahrenden Berufungseinlegung per Telefax S. 1346
- BVerfG**, Beschl. v. 22.03.2018 – 2 BvR 780/16 –
Die Verwaltung, die Richter und die Zeit – mit Anmerkung
Marco Meyer und Olaf Kowalski S. 1347
- BVerwG**, Beschl. v. 20.03.2018 – 9 B 43/16 –
Ortsumgehung Celle – Mittelteil mit Anmerkung Bernhard
Stüer/Eva-Maria Stüer S. 1361
- BVerwG**, Urt. v. 12.04.2018 – 3 A 16/15 –
Keine allgemeine Klagebefugnis des Wasserversorgungsnutzers S. 1370
- Nds. OVG**, Urt. v. 25.04.2018 – 1 LB 69/17 –
Beseitigungsanordnung wegen Verfalls des Gebäudes S. 1372
- SächsOVG**, Beschl. v. 01.06.2018 – 4 E 34/18 –
Gerichtskostenfreiheit bei Wohngeld S. 1375

Heft 20
15. Oktober 2018
Seiten 1313–1376
133. Jahrgang
Art.-Nr. 56355820
PVSt 2421

20

Carl Heymanns Verlag

INHALT 20 · 2018

DVBI aktuell
Vorschau/Impressum

Aufsätze

Hinreichende Rückbindung bei Entfremdung von der entsendenden Gruppe
Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages, Berlin/Universität Osnabrück 1313

Ein Jahr nach dem Karlsruher Tarifeinheitsurteil – quo vadis Tarifeinheit?
Wiss. Ass. Dr. Andreas Kerkemeyer, Hamburg und Wiss. Mit. Ernesto Klengel, Essen 1322

Zur dogmatischen Einordnung des Grundrechts auf ein menschenwürdiges Existenzminimum
Richter am Sozialgericht Dr. Davor Susnjar und Richter am Sozialgericht Johannes Greiser, Osnabrück 1329

Buchbesprechungen

Hahn: Der Gesetzgebungsvertrag als Rechtsproblem
Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Jörg Berkemann Hamburg/Berlin 1339

Butzer/Hollo: Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer signifikanten Erhöhung des Bundeszuschusses an die Gesetzliche Rentenversicherung
Prof. Dr. a.D. Karl-Jürgen Bieback, Reinbek 1342

Epiney/Diezig/Pirker/Reitemeyer: Aarhus-Konvention
Prof. Dr. Wilfried Erbguth, Rostock 1343

Haack: Theorie des öffentlichen Rechts
Ministerialrat Dr. Michael Fuchs, M.A. Magister rer. publ., Berlin 1344

Strobel: Die Investitionsplanungs- und Investitionspflichten der Übertragungsnetzbetreiber
Dr. Tom Pleiner, University of California Los Angeles Law School 1344

III
VII
Brandt/Domgörgen (Hrsg.): Handbuch
Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozess
Regierungsrat Dr. Adolf Rebler, Regensburg 1345

Rechtsprechung

Bundesgerichtshof

BGH, Beschl. v. 06.06.2018 – IV ZB 10/17 –
Zur fristwährenden Berufungseinlegung per Telefax 1346

Bundesverfassungsgericht

BVerfG, Beschl. v. 22.03.2018 – 2 BvR 780/16 –
Die Verwaltung, die Richter und die Zeit – mit Anmerkung Marco Meyer, Mag. iur., Hamburg und Olaf Kowalski, Mag. jur., Bonn 1347

Bundesverwaltungsgericht

BVerwG, Beschl. v. 20.03.2018 – 9 B 43,16 –
Ortsumgehung Celle – Mittelteil mit Anmerkung Prof. Dr. Bernhard Stüer & Dr. Eva-Maria Stüer, Münster/Osnabrück 1361

BVerwG, Urte. v. 12.04.2018 – 3 A 16,15 –
Keine allgemeine Klagebefugnis des Wasserversorgungsnutzers 1370

Oberverwaltungsgerichte/ Verwaltungsgerichtshöfe

Nds. OVG, Urte. v. 25.04.2018 – 1 LB 69/17 –
Beseitigungsanordnung wegen Verfalls des Gebäudes 1372

SächsOVG, Beschl. v. 01.06.2018 – 4 E 34/18 –
Gerichtskostenfreiheit bei Wohngeld 1375

Beilagenhinweis:
Mit dieser Ausgabe verteilen wir zwei Beilagen der Verlag C.H. Beck oHG.
Wir bitten freundlich um Beachtung.

Die Öffentliche Verwaltung

Zeitschrift für öffentliches Recht
und Verwaltungswissenschaft

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z 132

DOV

71. Jahrgang Oktober 2018
Heft 19 Seiten 789–836



Hubertus Gersdorf, Dogmatische
Neujustierung des Art. 87e GG?

Ariane Berger, Die Digitalisierung
des Föderalismus

Björnstjern Baade, Die Verwertung
von Lageberichten als Beweismittel
zur Feststellung der subsidiären
Schutzbedürftigkeit von Asylbewer-
bern

Boas Kümper, Großveranstaltungen
im öffentlichen (Straßen-)Raum
(Bericht)

Thomas Blome, 2. Symposium
zum Recht der Nachrichtendienste
(Bericht)

Buchbesprechung

BVerfG, Informationsanspruch des
Parlaments zur Deutschen Bahn AG
und zur Finanzmarktaufsicht
(vgl. Beitrag Gersdorf)

www.doev.de
Kohlhammer

19

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

- Hubertus Gersdorf*, Leipzig, Dogmatische Neujustierung des Art. 87e GG? – Zu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum parlamentarischen Interpellationsrecht vom 7. November 2017 (Das Urteil finden Sie in diesem Heft, S. 823.) 789
- Ariane Berger*, Berlin, Die Digitalisierung des Föderalismus – Zur Verteilung der Vollzugsverantwortung zwischen Bund, Ländern und Kommunen 799
- Björnstjern Baade*, Berlin, „Sehenden Auges dem Tode oder schwersten Verletzungen ausgeliefert“? – Die Verwertung von Lageberichten als Beweismittel zur Feststellung der subsidiären Schutzbedürftigkeit von Asylbewerbern 806
-

Berichte

- Boas Kümper*, Münster, Großveranstaltungen im öffentlichen (Straßen-)Raum – Bericht über die 10. Speyerer Tage zu kommunalen Infrastrukturen an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften am 19. und 20. April 2018..... 817
- Thomas Blome*, Brühl, 2. Symposium zum Recht der Nachrichtendienste – Reform der Nachrichtendienste zwischen Vergesetzlichung und Internationalisierung 820
-

Buchbesprechung

- Sebastian Röger*, Finanzhilfemechanismen für die Eurozone – Die vertraglichen, gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Grundlagen von Griechenland-Hilfe, EFSF und ESM (*Ulrich Häde*)..... 821
-

Rechtsprechung

- BVerfG, Urteil vom 7.11.2017 – 2 BvE 2/11 – Informationsanspruch des Parlaments zur Deutschen Bahn AG und zur Finanzmarktaufsicht (vgl. Beitrag *Gersdorf*)..... 823

der gemeinrechtliche Haushalt

DB-Z313

10 Fachzeitschrift
2018 für das kommunale Haushalts- und Wirtschaftsrecht,
das Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen sowie
das gesamte kommunale Abgabenrecht

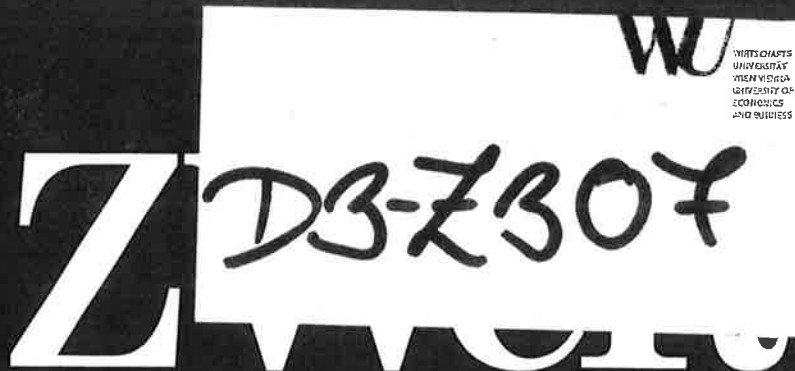
119. Jahrgang

Inhalt

Aufsätze

- Prof. Dr. Adelheid Zeis**, Wirtschaftsprüferin, Steuerberaterin und Professorin an der Frankfurt University of Applied Sciences
Das Realisationsprinzip in der Rechnungslegung einer Gebietskörperschaft. 217
- Prof. Dr. Thomas Döring**, Professor für Politik und Institutionen mit Schwerpunkt Institutionenökonomik am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit der Hochschule Darmstadt
Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs in Rheinland-Pfalz aus finanzwissenschaftlicher Sicht 219
- Dr. Manfred Busch**, Stadtkämmerer a.D. der Stadt Bochum, Essen
Der „Teufelskreis“ der Hebesatz-Anspannung – Science oder Fiction? 226
- Marvin Pötsch**, Dozent für Kommunales Finanzmanagement an der FHöV NRW
Benutzungsgebühren im Rettungsdienst – ein Auslaufmodell? 232
- Aus der Rechtsprechung** 236





Herausgeber:

Professor Dr. Carsten Becker, Direktor beim
Bundeskartellamt, Bonn

Professor Dr. Dr. h. c. Joachim Bornkamm,
Freiburg i. Br.

Professor Dr. Meinrad Dreher, Mainz

Professor Dr. Andreas Fuchs, Osnabrück

Professor Dr. Dr. h. c. Ulrich Immenga,
Göttingen

RA Dr. Frank Montag, Brüssel

RA Dr. Christoph Stadler, Düsseldorf

Dr. Kurt Stockmann, Vizepräsident
des Bundeskartellamts a. D., Berlin

Professor Dr. Stefan Thomas, Tübingen

Carsten Becker

Bundeskartellamt und Verbraucher-
schutz

229

Stefan Thomas

Die Auswirkungen des SIEC-Tests auf
den Anwendungsbereich der Minister-
erlaubnis

246

Reinhard Ellger

Digitale Herausforderungen für das
Kartellrecht

272

Lieselotte Locher

Verschiedene Preise für gleiche Pro-
dukte? Personalisierte Preise und
Scoring aus ökonomischer Sicht

292

With abstracts in English

Herausgeber:

Prof. Dr. Carsten Becker, Direktor beim Bundeskartellamt, Bonn
Prof. Dr. Dr. h. c. Joachim Bornkamm, Freiburg i. Br.
Prof. Dr. Meinrad Dreher, Mainz
Prof. Dr. Andreas Fuchs, Osnabrück
Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Immenga, Göttingen
RA Dr. Frank Montag, Brüssel
RA Dr. Christoph Stadler, Düsseldorf
Dr. Kurt Stockmann, Vizepräsident
des Bundeskartellamts a. D., Berlin
Prof. Dr. Stefan Thomas, Tübingen

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Josef Drexl, München
Prof. Dr. David J. Gerber, Chicago
Dr. Florian C. Haus, Bonn
Prof. Dr. Roman Inderst, Frankfurt/M.
Wolfgang Jaeger, Düsseldorf
Prof. Dr. Ohseung Kwon, Seoul
Dr. Bernd Langeheine, Köln/Brüssel
Prof. Dr. Iwakazu Takahashi, Tokio
Prof. Dr. Xiaoye Wang, Beijing
Prof. Dr. Roger Zäch, Zürich

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

<i>Carsten Becker</i>	Bundeskartellamt und Verbraucherschutz	229
<i>Stefan Thomas</i>	Die Auswirkungen des SIEC-Tests auf den Anwendungsbereich der Ministererlaubnis	246
<i>Reinhard Ellger</i>	Digitale Herausforderungen für das Kartellrecht	272
<i>Lieselotte Locher</i>	Verschiedene Preise für gleiche Produkte? Personalisierte Preise und Scoring aus ökonomischer Sicht	292





Mietrecht
Eigenbedarf an Geschäftslokalen

Wohnungseigentumsrecht
Der Vorplatz –
das wohnungseigentumsrechtliche Chamäleon

Bauträgervertragsrecht
Flächenabweichungen in Bauträgerverträgen

Forum Immobilientreuhänder
Unbrauchbarkeit wegen mangelhafter
elektrischer Anlagen

Forum Immobilienbesteuerung
JStG 2018: Erweiterung der Istbesteuerung



FACHZEITSCHRIFT FÜR
NEUES MIET- UND
WOHNRECHT
22. JG. Heft 10, Oktober 2018

Zitervorschlag:
immolex 2018, Seite
immolex 2018/Nummer

HERAUSGEBER:
Manz'sche Verlags- und
Universitätsbuchhandlung GmbH

LEITENDE REDAKTEURE:
ao. Univ.-Prof. Dr. H. BÖHM
StB Mag. K. FUHRMANN
Sen.-Präs. d. VwGH iR
Dr. E. GALL
HR d. VwGH Dr. F. PFIEL

SCHRIFTFLEITUNG:
RA Dr. H. RAINER

STÄNDIGE MITARBEITER:
Ri Mag. F. IBY
Ri Mag. M. EBERWEIN
Ri Mag. J. KAINC
Univ.-Prof. Dr. A. KLETEČKA
Mag. C. KOTHBAUER
Ri Mag. S. KULHANEK
RA Dr. E. LINDINGER
Dr. S. MALAINER
RA Dr. C. PRADER
Hon.-Prof.
Dr. J. STABENTHEINER
Dr. A. STARIBACHER

EDITORIAL

Abtretung von Ansprüchen bei mangelhafter Leistung 273

Herbert Rainer

Impressum U3

LEITSÄTZE

Nr. 60 – 66 276

WOHNUNGSEIGENTUMSRECHT

Der Vorplatz – das wohnungseigentumsrechtliche Chamäleon 278

Mit den E 5 Ob 196/15 g und 5 Ob 141/16 w hat der OGH zumindest implizit zum Ausdruck gebracht, dass dem WE-Objekt vorgelagerte Vorplätze nicht zubehöruohnungseigentumstauglich, gleichzeitig aber mangels baulicher Abgeschlossenheit auch nicht geeignet sind, Teil des WE-Objekts zu sein. Diese Aussage betrifft nun aber nicht bloß Vorplätze, sondern auch sonstige Teile der Liegenschaft, etwa auch die explizit in § 2 Abs 3 WEG genannten Lagerplätze. Im vorliegenden Beitrag werden sowohl das Auslegungsverständnis der baulichen Verbundenheit als auch die damit verbundenen Folgeprobleme, insb die im Raum stehenden Nichtigkeiten, kritisch hinterfragt.

Christian Prader / Lorenz Punt

BAUTRÄGERVERTRAGSRECHT

Flächenabweichungen in Bauträgerverträgen 283

Auch bei noch so gründlicher Planung kann es bei Bauarbeiten zu unerwarteten Komplikationen oder materialbedingten Ungenauigkeiten kommen. In der Praxis ist es daher kaum möglich, im Voraus erstellte Pläne millimetergenau einzuhalten. Daher kann es durchaus zweckmäßig sein, vertraglich für den Fall von Abweichungen zwischen Planmaß und Naturmaß bzw von Flächenabweichungen vorzusorgen. Gerade in Bauträgerverträgen finden sich derartige Klauseln häufig. Der Artikel setzt sich mit den in der Praxis geläufigen Klauseln kritisch auseinander.

Dan Katzlinger / Patrick De Cillia

FORUM IMMOBILIENBESTEUERUNG

JStG 2018: Erweiterung der Istbesteuerung 307

Martina Bauer / Renate Pilz

FORUM IMMOBILIENTREUHÄNDER

Unbrauchbarkeit wegen mangelhafter elektrischer Anlagen 308

Christoph Kothbauer

MIETRECHT

OGH 17. 4. 2018, 10 Ob 29/18 i • Zur Zukunftsprognose (Andrea Reiber) 287

OGH 28. 3. 2018, 6 Ob 44/18 s • Eigenbedarf an Geschäftslokalen (Theresa Hauswurz) 288

OGH 20. 4. 2017, 9 Ob 17/17 s • Zur Herstellung von Suchgift als unleidliches Verhalten (Wolfgang Ruckebauer) 290

WOHNUNGSEIGENTUMSRECHT

OGH 10. 4. 2018, 5 Ob 43/18 m • Widmungsänderung kein Neufestsetzungsgrund (Einschränkung auf das WEG 1948) (Christian Prader) 291

OGH 18. 7. 2018, 5 Ob 115/18 z • Zur Rechtsstellung des Anteilserwerbers aufgrund Akkreszenz iSd § 14 Abs 1 WEG (Simone Maier-Hülle / Christian Frick) 293

OGH 18. 7. 2018, 5 Ob 41/18 t	• Änderungsrechte im Mischhaus (<i>Nicole Neugebauer-Herl</i>)	295
OGH 21. 12. 2017, 5 Ob 199/17 a	• Keine Bindung des Außerstreitgerichts bei der Beurteilung schutzwürdiger Interessen an eine erteilte Benützungsbewilligung (<i>Christian Prader</i>)	296
OGH 18. 1. 2018, 5 Ob 197/17 g	• Parteifähigkeit einer Eigentümergemeinschaft (<i>Sigrid Rätb</i>)	298

MAKLERRECHT

OGH 29. 5. 2018, 1 Ob 75/18 p	• Haftung des Maklers gegenüber seinem Auftraggeber (<i>Daniel Richter</i>)	300
-------------------------------	---	-----

GRUNDBUCHSRECHT

OGH 23. 10. 2017, 5 Ob 156/17 b	• Grundbuchsgericht darf undeutliche Urkunden nicht auslegen (<i>Matthias Cerha</i>)	301
---------------------------------	--	-----

ABGABENRECHT

VwGH 23. 11. 2016, Ra 2014/15/0044	• Keine Vorsteuerberichtigung iSd § 16 UStG 1994 mangels Änderung der Bemessungsgrundlage	303
BFG 15. 2. 2018, RV/3100257/2017	• Grundstückserwerb seitens Gemeinde durch Tauschvertrag – keine „behördliche Maßnahme“ iSd § 3 Abs 1 Z 5 GrEStG 1987 (<i>Karin Fuhrmann</i>)	304



ecolex – Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

Jahresabonnement 2018: EUR 281,- (inkl. Versand im Inland)
Erscheint 2018 im 29. Jahrgang, Erscheint monatlich.

Schwerpunkt: Geheimnisschutz NEU

- Entwurf zur Umsetzung der GeschäftsgeheimnisRL – *Dominik Hofmarcher*
- Von „Psst ...“ zu „Ta-taal“ – ab wann ist IP öffentlich? – *Judith Butzerin*
- Unternehmensinterne Informationen: Wo endet der Datenschutz? – *Janos Böszörményi / Günther Leissler*
- Defining a “trade secret”: In the US and the EU – *Aslak Midtgaard*

Schwerpunkt: Arbeitszeitregelung NEU

- Der „12-Stunden-Tag“ und das Ablehnungsrecht – *Christoph Wolf*
- Die „neue“ Gleitzeit – *Andreas Jöst*

Jetzt in der ecolex 09/2018

Einzelheft EUR 28,10 bestellen unter 01/531 61-100

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH
TEL +43 1 531 61 100 FAX +43 1 531 61 455 bestellen@manz.at Kohlmarkt 16-1010 Wien www.manz.at

MANZ

RECHT RdM DER MEDIZIN

DB-Z105

Sonderheft

Schriftleitung Christian Kopetzki

Redaktion Gerhard Aigner, Erwin Bernat, Daniel Ennöckl, Meinhild Hausreither,
Thomas Holzgruber, Dietmar Jahnel, Matthias Neumayr, Magdalena Pöschl,
Reinhard Resch, Hannes Schütz, Lukas Stärker, Karl Stöger,
Felix Wallner, Johannes Zahl

Oktober 2018

5a

201 – 264

Gmundner Medizinrechtskongress 2018

Sozialversicherungsrecht/Europarecht

Gesamtverträge und EU-Recht Michael Mayrhofer ● 203

Ärzterecht/Krankenanstaltenrecht

Zur Zulässigkeit des Leibarztes – Wer darf Ärzte anstellen?
Felix Wallner ● 214

Betriebsvereinbarungsrecht

Ausgewählte Fragen des Betriebsvereinbarungsrechts
Barbara Fördermayr ● 225

Medizinrecht/Zivilrecht/Arzthaftung

**Möglichkeiten und Grenzen der Verwendung Allgemeiner
Geschäftsbedingungen bei medizinischen Heilbehandlungen**
Christoph Kietaibl ● 241

Datenschutzrecht/Ärzterecht

Rechtlicher Schutz vor Bewertungen in Internetportalen?
Dietmar Jahnel ● 249



→ Editorial	201
Gmundner Medizinrechts-Kongress 2018	
<i>Von Hon.-Prof. Dr. Felix Wallner</i>	

Beiträge

→ Gesamtverträge und EU-Recht	203
Die Gesamtverträge zwischen den Sozialversicherungsträgern und den Ärztekammern stehen trotz der mitgliedstaatlichen Autonomie bei der Ausgestaltung der Systeme der sozialen Sicherheit unter dem Einfluss des EU-Rechts. Der Beitrag widmet sich den unionsrechtlichen Rahmenbedingungen zentraler gesamtvertraglicher Inhalte – vom Stellenplan bis zur Honorarordnung.	
<i>Von Michael Mayrhofer</i>	
→ Zur Zulässigkeit des Leibarztes – Wer darf Ärzte anstellen?	214
Der Artikel befasst sich mit der bislang in der Literatur noch nicht beantworteten Frage, bei welchen Dienstgebern Ärzte angestellt werden können.	
<i>Von Felix Wallner</i>	
→ Ausgewählte Fragen des Betriebsvereinbarungsrechts	225
Die Untersuchung befasst sich mit Grundsätzen des Betriebsvereinbarungsrechts, wobei an geeigneter Stelle jeweils im Besonderen auf <i>ärztebezogene Rechtsfragen</i> Bezug genommen wird.	
<i>Von Barbara Fördermayr</i>	
→ Möglichkeiten und Grenzen der Verwendung Allgemeiner Geschäftsbedingungen bei medizinischen Heilbehandlungen.	241
Derzeit werden Behandlungsverträge meist formlos und konkludent geschlossen. Der Beitrag geht der Frage nach, ob der Abschluss schriftlicher Behandlungsverträge auf Grundlage standardisierter Geschäftsbedingungen möglich und sinnvoll ist.	
<i>Von Christoph Kietztaibl</i>	
→ Rechtlicher Schutz vor Bewertungen in Internetportalen?	249
Online-Foren, Bewertungsplattformen, Online-Gästebücher und ähnliche Internetdienste bieten für jedermann eine unkomplizierte Möglichkeit, seine Meinung zu den verschiedensten Themen kundzutun: Konkret kann es sich dabei zB um Kritiken von Restaurants oder Gasthäusern, von Hotels oder sonstigen Urlaubsdestinationen, aber auch um Bewertungen von Arbeitgebern, Unterrichtenden oder Ärzten handeln. Mit letzteren wird sich dieser Beitrag näher befassen. Sind Ärztebewertungsplattformen überhaupt rechtlich zulässig? Was ist von Eintragungen wie „Empathie eines Steines“, „extrem unfreundlich“ oder „arroganz, lange wartezeit – nie wieder!“ zu halten? Kann sich ein Arzt dagegen mit rechtlichen Mitteln zur Wehr setzen oder muss er derartige Bewertungen akzeptieren?	
<i>Von Dietmar Jahnel</i>	

Standards

→ Impressum	201
-----------------------	-----

RECHT **RdM** DER MEDIZIN

DB-Z105

Schriftleitung Christian Kopetzki

Redaktion Gerhard Aigner, Erwin Bernat, Daniel Ennöckl, Meinhild Hausreither, Thomas Holzgruber, Dietmar Jähnel, Matthias Neumayr, Magdalena Pöschl, Reinhard Resch, Hannes Schütz, Lukas Stärker, Karl Stöger, Felix Wallner, Johannes Zahrl

Oktober 2018

05

161 – 200

Beiträge

Gesundheit und Soziales – 100 Jahre in wilder Ehe *Gerhard Aigner* ● 164

Wer ist ein im öffentlichen Sanitätsdienst stehender Arzt?

Sylvia Hummelbrunner ● 167

Die rechtliche Stellung nichtärztlicher Gesundheitsberufe
in der Primärversorgung *Helmut Ivansits* ● 172

EuGH Rs C-179/16: Einbeziehung rechtswidrig vermarkteter
Arzneien in den maßgeblichen Markt *Franz W. Urlesberger* ● 178

Hände- und Hautdesinfektionsmittel zwischen Arzneimittel-
und Biozidprodukterecht *Christoph Dungal* ● 182



Gesetzgebung und Verwaltung

Einbindung des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und
Krankenpflege in Primärversorgungseinheiten (Netzwerken) ● 186

Rechtsprechung

„Bescheidpflichtigkeit“ der Leiterabberufung im Klinischen Bereich
einer Medizinischen Universität/Fakultät ● 187

Leitsätze

Keine Untersagungs- und Sanktionsmöglichkeit bei
unterlassener Meldung einer Nicht-interventionellen Studie (NIS)
Claudia Steinböck ● 194

Präjudizialität von V nach der StVO im Verfahren auf Erwirkung
von Hausapothekenkonzessionen *Markus Lechner* ● 197

- Editorial 161
Neue Impulse für Patientenverfügungen
Von Christian Kopetzki

Beiträge

- Gesundheit und Soziales – 100 Jahre in wilder Ehe 164
 Im Herbst 2018 jährt sich zum 100. Mal die Errichtung eines Sozialministeriums. Die bewegte Geschichte ist freilich nicht nur eine solche dieses Ministeriums, die zurückliegenden 100 Jahre zeigen ein abwechslungsreiches Nebeneinander und Miteinander von politischer Verantwortung für Gesundheit und Soziales.
Von Gerhard Aigner

- Wer ist ein im öffentlichen Sanitätsdienst stehender Arzt? 167
 Einzelne Materiengesetze sehen für die Durchführung bestimmter Untersuchungen vor, dass diese nur von einem im öffentlichen Sanitätsdienst stehenden Arzt erbracht werden dürfen. Eine Legaldefinition, wer als ein im öffentlichen Sanitätsdienst stehender Arzt gilt, fehlt. Die Legitimation zur Durchführung dieser Tätigkeiten ist oft nicht eindeutig. Der Beitrag zeigt die historischen Grundlagen auf und beleuchtet die Heranziehung von Gemeindeärzten und deren Stellvertretern zu Aufgaben, die ex lege im öffentlichen Sanitätsdienst stehenden Ärzten vorbehalten sind.
Von Sylvia Hummelbrunner

- Die rechtliche Stellung nichtärztlicher Gesundheitsberufe
 in der Primärversorgung 172
 Im Versorgungsmodell der Primärversorgung arbeiten ÄrztInnen mit Angehörigen nichtärztlicher (nä) Gesundheitsberufe in Primärversorgungseinheiten (PVE) zusammen. PVE werden in § 2 Abs 1 Primärversorgungsgesetz (PrimVG) als Erstanlaufstellen in der Gesundheitsversorgung definiert, die der Bevölkerung (im Einzugsgebiet der PVE) eine umfassende Behandlung von Akuterkrankungen und chronischen Erkrankungen zur Verfügung stellen und eine gesamtheitliche Gesundheitsvorsorge und Krankenversorgung verschiedener Gesundheitsberufe koordinieren und sicherstellen sollen. Der Beitrag gibt einen Überblick über die rechtlichen Probleme, die iZm der Einbindung von nä Gesundheitsberufen und sozialen Diensten in PVE auftreten.
Von Helmut Ivansits

- Einbeziehung rechtswidrig vermarkteter Arzneien in den maßgeblichen Markt . . 178
Anmerkungen zum Urteil des EuGH Rs C-179/16, F. Hoffmann-La Roche Ltd ua/Autorità Garante della Concorrenza e del Mercato vom 23. 1. 2018
 Vor der Feststellung eines Verstoßes gegen die Wettbewerbsregeln muss der maßgebliche Markt in räumlicher und sachlicher Hinsicht abgegrenzt werden, auf den sich die Wettbewerbsverzerrungen auswirken. Der maßgebliche sachliche (Erzeugnis-)Markt umfasst alle Waren, die untereinander austauschbar sind. Im Anlassfall ging es um die Frage, ob die zur Behandlung eines Augenleidens zugelassene Arznei mit einer Arznei zur Behandlung von Krebsleiden, die aber zulassungsüberschreitend eingesetzt wird (aus Kostengründen und trotz Vorhandenseins einer für das betreffende Leiden zugelassenen Arznei), austauschbar ist, so dass beide Arzneien einen einheitlichen sachlichen Markt bilden. Der Generalanwalt (in Rz 52 seiner Schlussanträge) erklärt, er wolle sich nicht zu den Auseinandersetzungen über die Regelungen des zulassungsüberschreitenden Einsatzes von Arzneien äußern. Der EuGH folgt dieser Auffassung stillschweigend. Die Frage der bedingungslosen Rechtmäßigkeit der zulassungsüberschreitenden Anwendung war aber die entscheidende Vorfrage. Um zu einem Verständnis dieses Urteils zu gelangen, müssen wir die Beweiskette rückwärts gehen, dh von der Feststellung eines gemeinsamen Erzeugnismarkts zurück auf die Austauschbarkeit und von da wiederum auf die bedingungslose Zulässigkeit der Zulassungsüberschreitung schließen.
Von Franz W. Urlsberger

- Hände- und Hautdesinfektionsmittel zwischen Arzneimittel- und
 Biozidprodukterecht 182
Ist eine „saubere“ Abgrenzung möglich?
 Die Verwendung von Desinfektionsmitteln im Zuge der medizinischen Heilbehandlung oder von pflegerischen Maßnahmen am Menschen ist heute nicht mehr wegzudenken. Trotzdem scheint die Einstufung der dabei zum Einsatz kommenden Produkte nicht immer klar zu sein; einschlägige Urteile können bloß vereinzelt gefunden werden. Eine zumindest teilweise Klarstellung ist jedoch auf europäischer Ebene erfolgt.
Von Christoph Dungal

Gesetzgebung und Verwaltung

Bearbeitet von Gerhard Aigner und Meinhild Hausreither

- Einbindung des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege in Primärversorgungseinheiten (Netzwerken), Kundmachungen 186

Rechtsprechung

- „Bescheidpflichtigkeit“ der Leiterabberufung im Klinischen Bereich einer Medizinischen Universität/Fakultät 187

VfGH Beschluss 27. 6. 2018, K I 1/2018

Mit Anmerkung von Karl Stöger

Rechtsprechung in Leitsätzen

Bearbeitet von Gisela Ernst, Ingrid Jez, Veronika Kräftner, Markus Lechner, Aline Leischner-Lenzhofer, Danielle Monika Noe und Claudia Steinböck

- Arzneimittel- und Apothekenrecht, Arzthaftung, Berufsrecht, Kindschaftsrecht, Krankenanstaltenrecht, Personenstandsrecht, Privatversicherungsrecht, Rettungswesen, Sachwalterrecht, Sozialversicherungsrecht, Übertragbare Krankheiten. 194

Standards

- Impressum 161



Neue Krankheit – teure Medikamente!?

2018. XII, 124 Seiten.
Br. EUR 26,-
ISBN 978-3-214-14216-2

Auer-Mayer · Pfeil · Prantner (Hrsg)

Aktuelle Fragen zu Medikamenten

Die **Bereitstellung von Medikamenten** zählt zu den **Kernaufgaben der gesetzlichen Krankenversicherung**. Durch die Entwicklung neuer Wirkstoffe können Behandlungserfolge in früher kaum vorstellbarer Weise erzielt werden, gleichzeitig haben sich aber auch die **Kosten** vielfach in exorbitanter Weise gesteigert.

Die neue Krankheit – extreme Medikamentenpreise? (Josef Probst)

Aktuelle Fragen rund um Medikamente – Das „Ökonomiegebot“ (Gottfried Endel)

Dürfen lebenswichtige Medikamente billiger gemacht werden? (Martin Auer)

Erstattungskodex (Beatrix Karl)

Verfahrensrechtliche Fragen bei der Aufnahme in den Erstattungskodex (Angela Julcher)

Apotheken und Internet (Dietmar Jahnel)

Abgrenzung zu Lifestyle-Produkten (Anna Lisa Engelhart)

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH
TEL +43 1 531 61 100 FAX +43 1 531 61 455 bestellen@manz.at Kohlmarkt 16 · 1010 Wien www.manz.at

MANZ

20 | 2018

109. Jahrgang
15. Oktober 2018
S. 1041-1092
PVSt 6012



GmbH Rundschau

Zeitschrift für Gesellschafts-,
Unternehmens- und Steuerrecht
der GmbH und GmbH & Co. KG

Herausgegeben von der Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt

gmbhr.de

in Verbindung mit Prof. Dr. Walter Bayer · RA/StB Vors. RiBFH a.D. Prof. Dr. Dietmar Gosch ·
WP/StB Prof. Dr. Norbert Neu · Ltd. RegDir. Ralf Neumann · RA Prof. Dr. Jochem Reichert

Beratermodul
GmbHR

Exklusiv für
GmbHR-Leser:

**Beratermodul
GmbH im
Steuer- und
Gesellschaftsrecht**
bis zum 31.12.2018
kostenlos!
Freischaltcode
im Heft.

Aufsätze > **Christian Joisten** – GrEStG: Sind die geplanten Gesetzesänderungen bei der Besteuerung von Share Deals schon jetzt zu berücksichtigen? 1041

Markus Geißler – Die Stellung und Funktion des GmbH-Geschäftsführers als Liquidator bei einem mangels Masse abgewiesenen Insolvenzantrag 1048

Rechtsprechung > **Haftung des Geschäftsführers:** Pflichtverletzungen und Zahlungen nach Insolvenzzreife (OLG München, Urt. v. 9.8.2018 – 23 U 2936/17) 1058

Gesellschafterversammlung: Zur Einhaltung der Ladungsfrist bei Ankündigung weiterer Tagesordnungspunkte (OLG Thüringen, Beschl. v. 15.6.2018 – 2 U 16/18) 1063

Verdeckte Gewinnausschüttung: Ablaufhemmung bei Änderung eines Einkommensteuerbescheids des Gesellschafters aufgrund einer vGA (BFH, Beschl. v. 12.6.2018 – VIII R 38/14) *m. Anm. Manuel Brühl* 1073

Umwandlung: Nachveräußerungssperre bei Spaltungen nach § 15 UmwStG (FG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 31.5.2018 – 9 K 9143/16) *m. Anm. Martin Weiss* 1081

Organschaft: Keine Anerkennung, wenn Verwendung der Kapitalrücklage zum Verlustausgleich nach dem Gewinnabführungsvertrag zulässig (FG Düsseldorf, Urt. v. 17.4.2018 – 6 K 2507/17 K) *m. Anm. Wolfgang Walter* 1088

GmbHR im Blickpunkt

Volker Römermann – Strafbare Notare, strafbare Berater und realitätsferne Berufsbilder R308

ottoschmidt





GmbHRundschau

Zeitschrift für Gesellschafts-, Unternehmens- und Steuerrecht
der GmbH und GmbH & Co. KG

Herausgeber:

Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt

in Verbindung mit Prof. Dr. Walter Bayer, Friedrich-Schiller-Universität Jena · RA/StB Vors. RiBFH a.D. Prof. Dr. Dietmar Gosch, Partner Of Counsel WTS Group AG StBG, Hamburg/München · WP/StB Prof. Dr. Norbert Neu, dhpg Dr. Harzem & Partner mbB, Bonn · Ltd. RegDir. Ralf Neumann, Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfung, Aachen · RA Prof. Dr. Jochem Reichert, SZA Schilling, Zutt & Anschutz, Mannheim

Herausgeber-Beirat:

Prof. Dr. Georg Crezelius, Of Counsel, Linklaters LLP, München · Prof. Dr. Dettlef Kleindiek, Universität Bielefeld · RiBFH Dr. Christian Levedag, LL.M. Tax, München · Notar Dr. Thomas Wachter, München · RA/StB Prof. Dr. Götz Tobias Wiese, WIESE LUKAS PartG mbB, Hamburg

Inhalt



Aufsätze

Dr. Christian Joisten – GrEStG: Sind die geplanten Gesetzesänderungen bei der Besteuerung von Share Deals schon jetzt zu berücksichtigen?

Am 21.6.2018 haben die Länder in einer Pressemitteilung die Eckpunkte einer Reform des Grunderwerbsteuerrechts vorgestellt. Insbesondere soll die Besteuerung von „Share Deals“ verschärft werden. Der zeitliche Anwendungsbereich bleibt dabei unklar. Äußerungen von Verwaltungsvertretern haben jedoch für Unruhe im Markt gesorgt. Demnach sei denkbar, die Gesetzesänderungen rückwirkend zum 21.6.2018 in Kraft treten zu lassen. Dieser Beitrag zeigt auf, dass dies verfassungswidrig wäre. Zugleich stellt er dar, was bei der zeitlichen Anwendung der Vorschriften zu berücksichtigen ist. 1041

Markus Geißler – Die Stellung und Funktion des GmbH-Geschäftsführers als Liquidator bei einem mangels Masse abgewiesenen Insolvenzantrag

Der Beitrag behandelt rechtliche Stellung und Aufgabenbereich der Liquidatoren bei Abweisung des Insolvenzantrags mangels Masse. Zunächst wird der Tatbestand der masselosen Insolvenz mit ihren Rechtsfolgen skizziert und sodann auf die Grundsätze des Liquidationsverfahrens eingegangen. Nach wie vor streitig sind die Modalitäten bei der Erfüllung der Gesellschaftsverbindlichkeiten. Bei der Versilberung des Gesellschaftsvermögens ist zu zeigen, dass es neben dessen Veräußerung auch andere Möglichkeiten der Verwertung gibt. Abschließend wird dargelegt, warum – trotz beachtlicher Gegenstimmen – die Fortsetzung einer nach § 60 Abs. 1 Nr. 5 GmbHG aufgelösten GmbH nicht möglich ist. 1048

Rechtsprechung

Gesellschaftsrecht

- Haftung des Geschäftsführers: Pflichtverletzungen und Zahlungen nach Insolvenzureife (OLG München, Urt. v. 9.8.2018 – 23 U 2936/17) 1058
- Gesellschafterversammlung: Zur Einhaltung der Ladungsfrist bei Ankündigung weiterer Tagesordnungspunkte (OLG Thüringen, Beschl. v. 15.6.2018 – 2 U 16/18) 1063
- Gesellschafterversammlung: Mehrfachvertretung bei Geschäftsführerbestellung (OLG Nürnberg, Beschl. v. 12.4.2018 – 12 W 669/18) 1066

Inhalt

Anmeldung: Bareinzahlung des Unterschiedsbetrags bei Zurückbleiben des Werts einer Sacheinlage hinter dem Nennbetrag der Stammeinlage	(OLG Naumburg, Beschl. v. 17.1.2018 – 5 Wx 12/17)	1068
Liquidation: Keine Sitzverlegung einer aufgelösten GmbH	(KG Berlin, Beschl. v. 24.4.2018 – 22 W 63/17)	1069
Liquidator: Voraussetzungen für die gerichtliche Entlassung eines durch die Gesellschafter bestellten Liquidators	(OLG Frankfurt a.M., Beschl. v. 9.11.2017 – 20 W 22/16)	1070

Steuerrecht

Verdeckte Gewinnausschüttung: Ablaufhemmung bei Änderung eines Einkommensteuerbescheids des Gesellschafters aufgrund einer vGA	(BFH, Beschl. v. 12.6.2018 – VIII R 38/14) m. Anm. Manuel Brühl	1073
GmbH & Co. KG: Kein Wegfall der Klage- und Prozessführungsbefugnis einer Personengesellschaft gegen Gewinnfeststellungsbescheide aufgrund der Eröffnung des Insolvenzverfahrens	(BFH, Urt. v. 7.6.2018 – IV R 11/16)	1079
Umwandlung: Nachveräußerungssperre bei Spaltungen nach § 15 UmwStG	(FG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 31.5.2018 – 9 K 9143/16) m. Anm. Martin Weiss	1081
Organschaft: Keine Anerkennung, wenn Verwendung der Kapitalrücklage zum Verlustausgleich nach dem Gewinnabführungsvertrag zulässig	(FG Düsseldorf, Urt. v. 17.4.2018 – 6 K 2507/17 K) m. Anm. Wolfgang Walter	1088

Verwaltungsanweisungen

Organschaft: Anerkennung von ertragsteuerlichen Organschaftsverhältnissen – Geminderte Verlustübernahmeverpflichtung durch die vertragliche Möglichkeit, Kapitalrücklagen zum Ausgleich eines sonst entstehenden Jahresfehlbetrags zu verwenden	(OFD Nordrhein-Westfalen, VfG. v. 11.7.2018 – S 2770 - 2018/0013 - St 131)	1092
---	--	------

GmbHR Report

GmbHR im Blickpunkt

Prof. Dr. Volker Römermann – Strafbare Notare, strafbare Berater und realitätsferne Berufsbilder	R308
---	------

Unternehmensrecht

Kommissionsvorschlag zur Förderung grenzüberschreitender Umwandlungen (<i>Stephan Ulrich</i>)	R310
Kein Prospekt mehr bei kleineren öffentlichen Angeboten von Wertpapieren (<i>Stephan Ulrich</i>)	R310
Wer ist Kostenschuldner beim Notar? (<i>Stephan Ulrich</i>)	R310



Der Klassiker für die tägliche Praxis.

Endlich wieder da: Der *Röll* in der neuen 10. Auflage!
Mit allen Problemkreisen rund um das Wohnungseigentum – und mit dem neuen Bauvertrags- und Bauträgerrecht.

Bestellen Sie jetzt unter otto-schmidt.de/rw10

Inhalt

Steuer- & Bilanzrecht

Unionrechtswidrigkeit der Anforderungen des gewerbsteuerlichen Schachtelprivilegs des § 9 Nr. 7 GewStG (Georg Geberth / Gabriele Rautenstrauch)	R311
Veräußerung verlustbehafteter Aktien (Christian Levedag)	R311
Kein Nachweis eines niedrigeren Grundstückswerts durch den Bilanzansatz oder durch Ableitung aus dem Kaufpreis für einen Gesellschaftsanteil (Christian Levedag)	R312
Anwendung der 44 €-Sachbezugsfreigrenze auf freiwillige Krankenzusatzversicherungen (Georg Geberth / Susanne Weber)	R313
Übernachungskosten bei Familienmitnahme im Rahmen einer Auswärtstätigkeit (Dienstreise) (Georg Geberth / Susanne Weber)	R313

Arbeits- & Sozialrecht

Religion und Arbeitsrecht – die besondere Stellung der kirchlichen Arbeitgeber bröckelt (Claudia Kothe-Heggemann)	R314
Ausschlussfristen – Mindestlohn ist ein Problem (Claudia Kothe-Heggemann)	R314

Wirtschafts-Praxis

Studie zu Trends im Lebensmitteleinzelhandel (Marianne Gajo)	R315
Internetnutzung in Deutschland (Marianne Gajo)	R317

Zeitschriftenspiegel

Gesellschaftsrecht	R317
Steuerrecht	R317

Tagungshinweise

Zwölfter Centrale Sommer-Kongress (Eva Müller)	R318
--	------

Wussten Sie schon ...

Im **Beratermodul GmbHR** haben Sie Zugriff auf das Online-Archiv Ihrer Zeitschrift. In der **Zeitschriften-App** lesen Sie aktuelle Beiträge auf Ihrem Smartphone. Bei Fragen zu Ihren **Freischaltcodes** wenden Sie sich gerne an den Kundenservice: Telefon 0221 / 93738-997 oder E-Mail an kundenservice@otto-schmidt.de



Der König im Prozess –
neu im November.



otto-schmidt.de/pfb11

Perfekte
Verbindung.



otto-schmidt.de/fms4

versicherung rundschau

D3-Z254

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

Zeitschrift für das Versicherungswesen

September 2018 9 | 18

magazin

Editorial

DONAU Versicherung: persönlich, regional und digital
Interview mit GD Dr. Ralph Müller

Freizeit und Haushalt als neue Gefahrenzone?

Viertwärmster Sommer der Messgeschichte

International



Das österreichische Pensionssystem aus dem europäischen Blickwinkel

altersvorsorge

Das schwedische Pensionssystem

gesundheitsvorsorge

Die Verlängerung der Lebenszeit ist gelungen –
gesund altern lautet die aktuelle Herausforderung

wissenschaft

a.Univ.-Prof.Dr. Eva Palten:

Von Dauerrabattrückzahlungen, bemerkenswerten
Unfällen und (anderen) Gefahren des täglichen Lebens

rechtsprechung

1030. Dauerrabatt: Streng degressives Modell

1031. UnfallV: Selbstmordversuch als Unfall

1032. UnfallV: Sehnenriss bei „erhöhter Kraftanstrengung“

1033. UnfallV: Kein Unfall ohne unmittelbar
verursachte Körperverletzung

1034. HaushaltsV/PrivathaftpflichtV: Messerattacke
in unzurechnungsfähigem Zustand

1035. HaushaltsV/PrivathaftpflichtV:
Handgreiflichkeiten unter Alkoholeinfluss

1036. HaushaltsV/PrivathaftpflichtV:
Brauchtümlisches Böllerwerfen

1037. HaushaltsV/PrivathaftpflichtV:
„Drei-Mann-Wasserbombenschleuder“

1038. HaushaltsV/PrivathaftpflichtV:
Schweißarbeiten an Kfz



magazin Redaktion: dagmar.straif@vvo.at

Editorial	03
TITEL	
Pensions-Enquete 2018: „Das österreichische Pensionssystem aus dem europäischen Blickwinkel“ Das schwedische Pensionssystem und die Lehren für Österreich daraus	04
DONAU Versicherung: persönlich, regional und digital Interview mit Generaldirektor Dr. Ralph Müller, Vorstandsvorsitzender der DONAU Versicherung AG	10
Freizeit und Haushalt als neue Gefahrenzone? Eine neue KfV-Studie präsentiert die Daten zu den Risikofaktoren	14
Viertwärmster Sommer der Messgeschichte Der meteorologische Sommer 2018 im Detail	17
International Gemeinsamer Konsumentenschutztag der europäischen Finanzaufsichtsbehörden EUROFI – The European Think Tank dedicated to Financial Services VVO Kamingespräch: Anhaltend positive Wirtschaftsentwicklung in der CESEE-Region Intensive Diskussionen zur Zukunft des ukrainischen Versicherungsmarktes	20

altersvorsorge Redaktion: christina.wuehrer@vvo.at

Das schwedische Pensionssystem Bei der diesjährigen Pensions-Enquete wurde über die Details des schwedischen Modells informiert	25
---	-----------

gesundheitsvorsorge Redaktion: astrid.knitel@vvo.at

Die Verlängerung der Lebenszeit ist gelungen – gesund altern lautet die aktuelle Herausforderung Eine Studie des Sozialministeriums zeigt die Entwicklungen in der Ernährung auf, die auch gesundheitliche Probleme auslösen	29
--	-----------

wissenschaft Redaktion: katharina.trampisch@gvfw.at

Palten, Von Dauerrabattrückzahlungen, bemerkenswerten Unfällen und (anderen) Gefahren des täglichen Lebens Aus der aktuellen Judikatur des OGH	32
Rechtsprechung	42
1030. Dauerrabatt: Streng degressives Modell 1031. UnfallV: Selbstmordversuch als Unfall 1032. UnfallV: Sehnenriss bei „erhöhter Kraftanstrengung“ 1033. UnfallV: Kein Unfall ohne unmittelbar verursachte Körperverletzung 1034. HaushaltsV/PrivathaftpflichtV: Messerattacke in unzurechnungsfähigem Zustand 1035. HaushaltsV/PrivathaftpflichtV: Handgreiflichkeiten unter Alkoholeinfluss 1036. HaushaltsV/PrivathaftpflichtV: Brauchtümlisches Böllerwerfen 1037. HaushaltsV/PrivathaftpflichtV: „Drei-Mann-Wasserbombenschleuder“ 1038. HaushaltsV/PrivathaftpflichtV: Schweißarbeiten an Kfz	

Impressum	49
Für Sie gelesen	50

DER BETRIEB

1948 | 2018

70
JAHRE

41

Seite 2445 – 2512
12. Oktober 2018
71. Jahrgang



DB-ZfR+Beil.

Herausgeber

Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Ballwieser
Prof. Dr. Johanna Hey
Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinghoff
Friedrich Merz

Magazin

Gastkommentar

Thorsten Mäger
M&A-Transaktionen:
Kartellrechtliche Vorgaben für
Pre-Closing Covenants und
Informationsaustausch

Standpunkte

Jochen Lüdicke
Gesetzentwurf zu innerstaat-
lichen Anzeigepflichten – ein
Wolf im Schafspelz?

Beilage

Steuerliche Außenprüfung

Rechtliche, technische und
internationale Entwicklungen

Betriebswirtschaft

Felix Ebeling
Wertermittlung für Funktionsverlagerungen in Schätzfällen –
sind die Vorgaben des BMF gerichtsfest? 2445

Steuerrecht

Gerd Achilles
Einzelaufzeichnungspflicht: Theorie und Praxis im Licht des AEAO zu § 146 2454

Marcus Helios/Thomas Lenz

Brexit: Steuerliche Herausforderungen im Rahmen der
Umstrukturierungen von Banken 2461

Folgen fehlender Dokumentation der Kassenprogrammierung
(M. Hennigfeld) 2465

Umqualifizierung einer Spende in eine vGA bei besonderem
Näheverhältnis zwischen Empfänger und Gesellschafter der
spendenden Gesellschaft (T. Müller) 2466

Berechnung des Unterschiedsbetrags gem. :
§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6 Satz 3 Hs. 1 EStG (BFH) 2470

Wirtschaftsrecht

Oliver Korte/Pajtesa Istrefi
3D-Druck und Produkthaftung 2482

Kommt es beim Wechsel in eine SE auf die objektive Rechtslage oder
auf die tatsächlich praktizierte Mitbestimmung an? (R. Kienast) 2487

Zum Verbot der unbefugten Verwertung von Betriebsgeheimnissen
gem. § 17 Abs. 2 Nr. 2 UWG (BGH) 2495

Arbeitsrecht

Reinhold Höfer/Peter Küpper
Unverfallbarkeitsbetrag bei beitragsorientierten Leistungszusagen
und Entgeltumwandlung 2499

Ablöseverbot bei Entsendung durch verschiedene Arbeitgeber (C. Klumpp) 2504

Keine Beitragspflicht zur Krankenversicherung bei Lebensversicherungs-
vertrag mit Pensionskasse ohne Betriebsbezug (V. Matthiesen) 2508

Kein Konzernbetriebsrat bei Konzernspitze im Ausland (BAG) 2510



Im Abonnement enthalten:

DER LIVE
BETRIEB
Ihre App – täglich aktuell

Owlit
Suchen. Finden. Wissen.

Handelsblatt
FACHMEDIEN

Mit DATEV zum Erfolg:
Startpaket nur 30 Euro*.
www.datev.de/kanzleistart

* Pro Monat zzgl. USt. für Startpaket compact mit Einzelplatzlizenzen.

Inhalt

MAGAZIN

Gastkommentar M4

Thorsten Mäger

Aktuelle Rechtsprechung M6

Anhängige Verfahren M8

Kurzbeiträge M10

Meldungen M15

Handelsblatt Nachrichten M20

Neue Datenbankinhalte M21

Standpunkte M22

Jochen Lüdicke

Handelsblatt Gastkommentar M26

Impressum M27

Worte der Woche M28

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Internationales Steuerrecht/Unternehmensbewertung/Sonstige BWL

Wertermittlung für Funktionsverlagerungen in Schätzfällen - sind die Vorgaben des BMF gerichtsfest?

Dr. Felix Ebeling, CFA, Düsseldorf

DB1282014 (Kurzfassung vgl. S. M10)

S. 2445

STEUERRECHT

AUFSATZ

Abgabenordnung

Einzelaufzeichnungspflicht: Theorie und Praxis im Licht des AEO zu § 146

Dipl.-Fw. (FH) Gerd Achilles, Duisburg

DB1281551 (Kurzfassung vgl. S. M11)

S. 2454

Internationales Steuerrecht

Brexit: Steuerliche Herausforderungen im Rahmen der Umstrukturierungen von Banken

RA/StB Dr. Marcus Helios, Düsseldorf / StB Dr. Thomas Lenz, Eschborn

DB1282735 (Kurzfassung vgl. S. M12)

S. 2461

KOMPAKT

Abgabenordnung

Folgen fehlender Dokumentation der Kassenprogrammierung

RiFG Dr. Michael Hennigfeld, Köln

DB1283244

S. 2465

Körperschaftsteuer

Umqualifizierung einer Spende in eine vGA bei besonderem Näheverhältnis zwischen Empfänger und Gesellschafter der spendenden Gesellschaft

RA/VRiFG a.D. Thomas Müller, Köln

DB1281575

S. 2466

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Gewinnermittlung

Versteuerung der privaten Pkw-Nutzung gem. § 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 EStG bei der Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG

OFD NRW, Kurzinformation vom 19.09.2018

DB1282899

S. 2467

Einkommensteuer/Lohnsteuer

Steuerliche Anerkennung von Umzugskosten nach R 9.9 Abs. 2 LStR

BMF, Schreiben vom 21.09.2018

DB1282704

S. 2468

Einkommensteuer

Sachzuwendungen - insb. Kunstspenden

OFD NRW, Verfügung vom 17.07.2018

DB1281545

S. 2468

ENTSCHEIDUNGEN

Gewinnermittlung

Berechnung des Unterschiedsbetrags gem. § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6 Satz 3 Hs. 1 EStG

BFH, Urteil vom 12.06.2018 - VIII R 14/15

DB1283389

S. 2470

Körperschaftsteuer/Abgabenordnung

Keine Billigkeitsmaßnahme wegen behaupteter Verfassungswidrigkeit der Mindestbesteuerung

BFH, Beschluss vom 11.07.2018 - XI R 33/16

DB1283392

S. 2473

Gewerbesteuer

GewSt-Pflicht für Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer Mitunternehmerschaft

BFH, Urteil vom 19.07.2018 – IV R 39/10

DB1283394

S. 2477

Grunderwerbsteuer

Bemessungsgrundlage der GrESt bei Erwerb durch eine zur Veräußererseite gehörende Person

BFH, Urteil vom 25.04.2018 – II R 50/15

DB1276886

S. 2480

BEILAGE

Steuerliche Außenprüfung

– Rechtliche, technische und internationale Entwicklungen –

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Produkthaftung/Digitalisierung

3D-Druck und Produkthaftung

RA Oliver Korte / Pajtesa Istrefi, beide Hamburg

DB1282750 (Kurzfassung vgl. S. M14)

S. 2482

KOMPAKT

Mitbestimmungsrecht

Kommt es beim Wechsel in eine SE auf die objektive Rechtslage oder auf die tatsächlich praktizierte Mitbestimmung an?

RA Dr. Rainer Kienast, Düsseldorf

DB1282221

S. 2487

ENTSCHEIDUNGEN

Mitbestimmungsrecht

Umwandlung einer AG in eine SE: Maßgeblichkeit des rechtlichen Sollzustands für Mitbestimmung

OLG Frankfurt/M., Beschluss vom 27.08.2018 – 21 W 29/18

DB1283257

S. 2488

GmbH-Recht

Nichtigkeit der Beschlüsse der GmbH-Gesellschafterversammlung wegen schwerwiegender Mangelhaftigkeit der Einladung

OLG Düsseldorf, Urteil vom 19.04.2018 – I-6 W 2/18

DB1272752

S. 2493

Wettbewerbsrecht

Zum Verbot der unbefugten Verwertung von Betriebsgeheimnissen gem. § 17 Abs. 2 Nr. 2 UWG

BGH, Urteil vom 22.03.2018 – I ZR 118/16

DB1282917

S. 2495

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Betriebliche Altersversorgung

Unverfallbarkeitsbetrag bei beitragsorientierten Leistungszusagen und Entgeltumwandlung

Prof. Dr. Reinhold Höfer, Luzern / RA/FAArbR Peter Küpper, Ratingen

DB1281343 (Kurzfassung vgl. S. M14)

S. 2499

KOMPAKT

Sozialversicherung

Ablöseverbot gilt auch bei Entsendung durch verschiedene Arbeitgeber

RAin/FAinArbR Dr. Catharina Klumpp, LL.M., Düsseldorf

DB1282097

S. 2504

Betriebsverfassungsrecht

Kein allgemeiner Informationsbeschaffungsanspruch des Wirtschaftsausschusses im Konzernverbund

RAin/FAinArbR Martina Hidalgo / RAin/FAinArbR Dr. Barbara Bittmann, München/Düsseldorf

DB1282098

S. 2505

Betriebsverfassungsrecht

(Vorerst) keine Mitbestimmung des Betriebsrats bei Mindestpersonalbesetzung

RA/FAArbR Thomas Ubber / RAin/FAinArbR Jutta Heidisch, Frankfurt/M.

DB1282034

S. 2506

Tarifvertragsrecht/Entgeltrecht

AT-Angestellte können einen individualvertraglichen Anspruch auf Wahrung des Tarifabstands nach MTV haben

RA/FAArbR Dr. Stephan Vielmeier, München

DB1281347

S. 2507

Betriebliche Altersversorgung

Keine Beitragspflicht zur Krankenversicherung bei Abschluss eines Lebensversicherungsvertrags mit einer Pensionskasse ohne Betriebsbezug

Dr. Volker Matthießen, Offenbach/M.

DB1282074

S. 2508

ENTSCHEIDUNGEN

Betriebsverfassungsrecht

Kein Konzernbetriebsrat bei Konzernspitze im Ausland

BAG, Urteil vom 23.05.2018 – 7 ABR 60/16

DB1283221

S. 2510

*DB-ZR
/Beil.*

Steuerliche Außenprüfung

– Rechtliche, technische und internationale Entwicklungen –

Christoph Röper

Moderne Betriebsprüfung – das Spiegelbild der Veränderungen
im Steuerbereich

1

Robert Risse

Aktuelle Entwicklungen bei der Betriebsprüfung aus
Unternehmenssicht

2

Monika Winnemann/Yokab Thomsen

Steuerliche Betriebsprüfung im internationalen Vergleich:
Reformbedarf aus Sicht der deutschen Industrie

10

Andreas Kowallik/Reinhard Pumpler

Begleitende Kontrolle als Alternative zur Außenprüfung in Österreich

13

Andreas Kirsch/Jens Schäperclaus

Tax-Compliance-Management-Systeme in der Betriebsprüfung

17

Miriam Wied/Markus Hülshoff

GoBD in der Betriebsprüfungspraxis

22

Andreas Kowallik

Technologie-Lösungen zur Automation von Betriebsprüfungen

26

Martin Panek

Fallauswahl und Festlegung von Prüfungsschwerpunkten für die
Betriebsprüfung

31

Heike Bathke/Ronny Spors/Günther Eismann/Ulrich Grünwald/

Michael Hundebek/Manuel Brucher/Björn Heidecke

Trends und Themen aus der Betriebsprüfung

36

Nils Hartwig

Nachschauen als Instrumente der Außenprüfung

43

Norbert Endres

Strategie für bessere Verhandlungsergebnisse in der Betriebsprüfung

48

Alexander Schemmel/Florian Fürsattel

Strafrechtliche Anknüpfungspunkte bei Betriebsprüfungen

51

Redaktionelle Gesamtverantwortung:

Dr. Andreas Kowallik, Jens Schäperclaus, Dietmar Gegusch

Deloitte.

Herausgeber:

Prof. Dr. Johannes Köndgen, Bonn
Prof. Dr. Matthias Casper, Münster
Prof. Dr. Lars Klöhn, Berlin
Prof. Dr. Jens-Hinrich Binder, Tübingen
Prof. Dr. Thomas Hartmann-Wendels, Köln
Prof. Dr. Mark Wahrenburg, Frankfurt/M.

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Dres. h. c. Theodor Baums,
Frankfurt/M.
Prof. Dr. Wolfgang Bessler, Gießen
Vors. RiBGH Dr. Jürgen Ellenberger, Karlsruhe
Prof. Dr. Andreas Engert, Mannheim
Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Groß, Frankfurt/M.
Prof. Dr. Brigitte Haar, Frankfurt/M.
Prof. Dr. Christoph Kaserer, München
Prof. Dr. Thilo Liebig, Frankfurt/M.
Vors. RiBGH a. D. Dr. h. c. Gerd Nobbe,
Karlsruhe
Dr. Thorsten Pöttsch, Frankfurt/M.
Prof. Dr. Christian Schröder, Halle
Rechtsanwalt Dr. Gunnar Schuster, Frankfurt/M.
Prof. Dr. Rolf Sethe, Zürich
Prof. Dr. Gerald Spindler, Göttingen
Prof. Dr. Rüdiger Veil, München
Prof. Dr. Ekkehard Wenger, Würzburg

Robert Freitag

Negativzinsen im Einlagengeschäft S. 269

Moritz Renner

Treupflichten beim grenzüberschreitenden
Konsortialkredit S. 278

Rüdiger Wilhelmi/Rouven Kuschnerait

Die zivilrechtliche Haftung für Basisinfor-
mationsblätter nach Art. 11 Abs. 2 PRIIP-VO
als eigenständige Anspruchsgrundlage des
EU-Rechts S. 288

Thorsten Voß

Das Gesetz zur Ausübung von Optionen
der EU-Prospektverordnung S. 305

Valeriya Dinger/Peter Grundke/

Bernd J. Hartmann
Marketplace Lending und Verbriefungen:
beunruhigende Parallelen? S. 321

Karl-Philipp Wojcik

Bericht aus Brüssel: Inhalt und Verfahrensstand
anhängiger Gesetzgebungsvorhaben im Bank-
recht/Kapitalmarktrecht auf EU-Ebene, Teil 2 S. 340

Aufsätze

<i>Robert Freitag, Erlangen-Nürnberg</i>	Negativzinsen im Einlagengeschäft	269
<i>Moritz Renner, Mannheim</i>	Treupflichten beim grenzüberschreitenden Konsortialkredit	278
<i>Rüdiger Wilhelmi, Konstanz/ Rouven Kusmerek, Hechingen</i>	Die zivilrechtliche Haftung für Basisinformationsblätter nach Art. 11 Abs. 2 PRIIP-VO als eigenständige Anspruchsgrundlage des EU-Rechts	288
<i>Thorsten Voß, Frankfurt/M.</i>	Das Gesetz zur Ausübung von Optionen der EU-Prospektverordnung	305
<i>Valeriya Dinger, Osnabrück/ Peter Grundke, Osnabrück/ Bernd J. Hartmann, Osnabrück</i>	Marketplace Lending und Verbriefungen: beunruhigende Parallelen?	321

Rechtsprechung

Entscheidung im Wortlaut		
LG 25. 5. 2018 – 4 O 225/17 Tübingen	AGB-rechtliche Unwirksamkeit von Kontoführungsgebühren einerseits und Negativzinsen andererseits für auf Girokonto geführtem Guthaben	332
LG 26. 1. 2018 – 4 O 187/17 Tübingen	Unwirksamkeit von als AGB nachträglich eingeführten Negativzinsen auf Bestandseinlagen von Verbrauchern	334
Entscheidungen in Leitsätzen	338



ZBB-Report

<i>Karl-Philipp Wojcik, Brüssel</i>	Bericht aus Brüssel: Inhalt und Verfahrensstand anhängiger Gesetzgebungs- vorhaben im Bankrecht/Kapitalmarktrecht auf EU-Ebene, Teil 2	340
-------------------------------------	---	-----

Literatur

<i>Frank A. Schäfer, Düsseldorf</i>	Jens-Hinrich Binder, Handbuch Bankenaufsichtsrecht	350
-------------------------------------	--	-----

Betriebs Berater



DB-ZM

42 | 2018

Recht ... Wirtschaft ... Steuern ... GeschGehG ... Anzeigepflicht ... Compliance ... Recht ... 15.10.2018 | 73. Jg. Seiten 2433–2496

DIE ERSTE SEITE

Dr. Barbara Fleckenstein-Weiland, LL.M., RAin/StBin/FAinStR

„JStG 2018“ – elektronische Marktplätze als verlängerter Arm der Finanzverwaltung beim Umsatzsteuerbetrug

WIRTSCHAFTSRECHT

Prof. Dr. Tobias Lettl, LL.M. Eur.

BB-Rechtsprechungsreport zum Wettbewerbsrecht 2017/2018 | 2434

Nicolas M. Dumont, LL.M., RA

Happy End für ein Stiefkind? – Regierungsentwurf zur Umsetzung der Know-how-Richtlinie | 2441

Dr. Joerg Brammsen

Reformbedürftig! – Der Regierungsentwurf des neuen Geschäftsgeheimnisschutzgesetzes | 2446



STEUERRECHT

Kristina Kepp, StBin, und **Franz Schober**, StB

Anzeigepflicht grenzüberschreitender Steuergestaltungsmodelle – Praxisfragen und Ausblick | 2455

Prof. Dr. Michael Stöber

Zur verfassungs- und unionsrechtlichen (Un-)Zulässigkeit von Anzeigepflichten in Bezug auf Steuergestaltungen | 2464

BILANZRECHT UND BETRIEBSWIRTSCHAFT

Dr. Markus Fuchs, WP/CPA/ACA, Dipl.-Wirtschaftsjurist (FH) **Sebastian Hargarten**, WP/StB, und

Michael Weinmann, M. A., WP

Put-Optionen über Minderheitsanteile als Stillhalter in Jahres- und HGB-Konzernabschlüssen | 2475

ARBEITSRECHT

Dr. Sarah Reinhardt-Kasperek, RAin/FAinArbR, und **Florian Denninger**, RA

Gutmenschentum als Kündigungsgrund? – Rechtsprechungsupdate und Praxistipps zum Whistleblowing | 2484

BB-Rechtsprechungsreport
zum Wettbewerbsrecht
2017/2018

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BGH: Auslegung einer im Gesellschaftsvertrag einer Publikumspersonengesellschaft vereinbarten Mehrheitsklausel (11.9.2018 – II ZR 307/16)

BGH: Edeka/Kaiser's Tengelmann II – Voraussetzungen für den Erlass einer einstweiligen Anordnung zur Unterbindung eines Verstoßes gegen das Vollzugsverbot (17.7.2018 – KVR 64/17)

OLG Frankfurt a. M.: Irreführung durch Standortwerbung (15.8.2018 – 6 W 64/18)

Gesetzgebung

Wettbewerbszentrale: Stellungnahme zum RefE „Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs“

BRAK: Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag über Verbandsklagen zum Schutz von kollektiven Interessen der Verbraucher

Aufsätze

Prof. Dr. Tobias Lettl, LL.M. Eur.

BB-Rechtsprechungsreport zum Wettbewerbsrecht 2017/2018

Anknüpfend an den BB-Rechtsprechungsreport zum Wettbewerbsrecht 2016/2017, BB 2017, 2435 ff., gibt der Autor im folgenden Beitrag eine Übersicht über die Entwicklung der Rechtsprechung von EuGH und BGH zum Wettbewerbsrecht im vergangenen Jahr.

GeschGehG

Nicolas M. Dumont, LL.M., RA

Happy End für ein Stiefkind? – Regierungsentwurf zur Umsetzung der Know-how-Richtlinie

Die Bundesregierung hat am 18.7.2018 den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen beschlossen, den sie am 4.10.2018 an den Bundestag übersandt hat. Dieser enthält neben Stellungnahmen des Normenkontrollrats und des Bundesrats auch eine Gegenäußerung der Bundesregierung. In der Sache setzt der Regierungsentwurf die Richtlinie nahezu 1:1 um und befördert das Know-how qualitativ in die Phalanx der Immaterialgüterrechte, was zuletzt zur Bezeichnung als „Quasi-Schutzrecht“ geführt hat. Entsprechend wichtig ist eine eingehende Betrachtung.

GeschGehG

Dr. Joerg Brammsen

Reformbedürftig! – Der Regierungsentwurf des neuen Geschäftsgeheimnisschutzgesetzes

Am 19.4.2018 ist der Referentenentwurf, bereits knapp drei Monate später am 18.7.2018 der Regierungsentwurf eines Gesetzes zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG) vorgelegt bzw. beschlossen worden. Es soll den bisherigen eher rudimentären Geschäftsgeheimnisschutz im Lauterkeitsrecht (UWG) in ein neues Stammgesetz überführen und zugleich an die umzusetzenden Vorgaben der am 5.7.2016 in Kraft getretenen EU-Know-how-Richtlinie 943/2016 anpassen. Der Beitrag veranschaulicht anhand einiger ausgewählter Beispiele verschiedener Regelungs- und Begründungsansätze das unveränderte Fortbestehen erheblichen Verbesserungsbedarfs des am 4.10.2018 an den Bundestag übermittelten Regierungsentwurfs.

Entscheidung

EuGH: Einstufung einer natürlichen Person als „Gewerbetreibender“ bei Online-Verkäufen (4.10.2018 – C-105/17)

2433

2434

2441

2446

2451

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BFH: Deutsches Besteuerungsrecht bei Zahlung eines sog. signing bonus (11.4.2018 – I R 5/16)

BFH: Gewerbesteuerpflicht für Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer Mitunternehmerschaft (§ 7 Satz 2 Nr. 2 GewStG) (19.7.2018 – IV R 39/10)

BFH: Entschädigung für die Überspannung eines Grundstücks mit einer Stromleitung (2.7.2018 – IX R 31/16)

BFH: Keine Billigkeitsmaßnahme wegen behaupteter Verfassungswidrigkeit der Mindestbesteuerung (11.7.2018 – XI R 33/16)

FG Hamburg: Grunderwerbsteuerbefreiung bei Grundstücksübertragungen aufgrund einer Schenkungsaufgabe (3.7.2018 – 3 K 198/17)

Gesetzgebung

ECOFIN: Maßnahmen zur Mehrwertsteuer

EU-Rat: Liste nicht-kooperativer Länder und Gebiete in Steuersachen („Schwarze Liste“)

BR: Finanzielle Entlastung gemeinnütziger Vereine gefordert

Aufsätze

Anzeigepflicht/Compliance

Kristina Kepp, StBin, und Franz Schober, StB

2455

Anzeigepflicht grenzüberschreitender Steuergestaltungsmodelle – Praxisfragen und Ausblick

Am 25.6.2018 trat die neue Richtlinie (EU) 2018/822 in Kraft, die am 25.5.2018 durch den Europäischen Rat zur Änderung der EU-Amthilferichtlinie 2011/16/EU verabschiedet wurde (Directive on Administrative Disclosure – DAC 6). Mit der Änderung werden Intermediäre oder, in Ermangelung eines Intermediärs, der Steuerpflichtige selbst verpflichtet, Informationen über Steuergestaltungen zu liefern, die potenziell mit aggressiver Steuerplanung verbunden sind. Diese Richtlinienänderung bedarf bis zum 31.12.2019 der Umsetzung in nationales Recht. Sie entfaltet allerdings bereits jetzt ihre Wirkung, da Intermediäre auch solche Gestaltungen zu melden haben, deren erster Umsetzungsschritt zwischen dem Inkrafttreten und dem Anwendungsbeginn der Richtlinie am 1.7.2020 liegt. Der Beitrag befasst sich mit praktischen Umsetzungsfragen und weist auf mögliche Fallstricke einer wortgetreuen Umsetzung hin.

Anzeigepflicht/Compliance

Prof. Dr. Michael Stöber

2464

Zur verfassungs- und unionsrechtlichen (Un-) Zulässigkeit von Anzeigepflichten in Bezug auf Steuergestaltungen

Als weiteres Mittel zur Bekämpfung legaler, aber aus fiskalischer Sicht unerwünschter Steuervermeidungsgestaltungen haben sowohl der deutsche als auch der europäische Gesetzgeber Anzeigepflichten der mit den Gestaltungen befassten Berater sowie der Steuerpflichtigen selbst für sich entdeckt. In Deutschland hat eine von den Länderfinanzministern eingesetzte Arbeitsgruppe im Mai 2018 einen Gesetzentwurf zur Einführung einer nationalen Anzeigepflicht vorgelegt. In demselben Monat wurde durch eine EU-Richtlinie eine EU-weite Anzeigepflicht im Hinblick auf bestimmte Steuergestaltungen eingeführt. Der Beitrag untersucht den aktuellen Stand der Gesetzgebung und rechtswissenschaftlichen Diskussion zu Anzeigepflichten in Bezug auf Steuergestaltungen und nimmt eine kritische Bewertung der jüngsten Aktivitäten des deutschen und europäischen Gesetzgebers vor.

Entscheidung

BFH: Vereinbarkeit des § 27 Abs. 8 Satz 4 KStG mit dem EU-Recht (27.2.2018 – I B 37/17 – dazu BB-Kommentar von

2470

Dr. Tobias Hagemann, M.Sc., LL.M., StB, und Sebastian Leitsch, M.Sc., StB)

Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

2473

Verwaltungsanweisung

BMF: Bewertung mehrjähriger Kulturen in Baumschulbetrieben gem. § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG – Zeitliche Verlängerung der Anwendung des BMF-Schreibens vom 27.6.2014 (5.10.2018 – IV C 7 – S 2163/18/10001)

Rechnungslegung

GRI: Aktualisierung des Standards GRI 403 „Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz“

EU: Entschließung des Europäischen Parlaments zu IFRS 17

Heubeck: Update der Heubeck-Richttafeln 2018 G

Wirtschaftsprüfung

IAASB: Internationaler Prüfungsstandard ISA 540 (Revised) zur Prüfung von Schätzungen und entsprechender Anhangangaben

CEAOB: Honorarbeschränkung von Nichtprüfungsleistungen

APAS: Intensivierung des Dialogs mit Prüfungsausschüssen

IDW: Ausführungen zur Modifikation finanzieller Vermögenswerte in IDW RS HFA 48

IDW: Stellungnahme zum Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen

WPK: Liste der Anbieter von Studiengängen zum WP-Examen nach § 13b WPO aktualisiert

WPK: Bekämpfung der Geldwäsche – FIU-Jahresbericht 2017

Aufsatz

Dr. Markus Fuchs, WP/CPA/ACA, Dipl.-Wirtschaftsjurist (FH)
Sebastian Hargarten, WP/StB, und Michael Weinmann, M.A., WP

2475

Put-Optionen über Minderheitsanteile als Stillhalter in Jahres- und HGB-Konzernabschlüssen

Im Rahmen von Unternehmenskaufverträgen ist die Einräumung eines Andienungsrechts über die beim Verkäufer verbleibenden Anteile ein häufig genutztes Instrument. Dadurch kann der ehemals beherrschende Gesellschafter noch eine gewisse Zeit von der Unternehmensentwicklung profitieren, hält sich jedoch zugleich den vollständigen Ausstieg offen. Aus Sicht des Stillhalters dieser Option ergibt sich in der HGB-Rechnungslegung eine Reihe von Fragestellungen, die in der Literatur bislang z.T. nicht widerspruchsfrei beantwortet werden. So ist beispielsweise fraglich, wie ein potenzieller Drohverlust im Jahres- und Konzernabschluss aus der Transaktion zu ermitteln ist. Im Konzernabschluss stellt sich zudem die Frage, ob die Praxis der Bilanzierung von sog. Put Options over non-controlling Interests (NCI) als finanzielle Verbindlichkeit nach IFRS auch nach HGB eine Entsprechung finden sollte. In dem Beitrag werden diese Fragestellungen adressiert sowie anhand eines Fallbeispiels illustriert und einer Lösung zugeführt.

Entscheidungen

FG Düsseldorf: Keine voraussichtlich dauernde Teilwerterhöhung einer Fremdwährungsverbindlichkeit durch den Mindestkurs der Schweizer Zentralbank aus dem Jahr 2011 (23.7.2018 – 6 K 884/15 K,G,F – dazu BB-Kommentar von

Dr. Martin Weiss, StB)

FG München: Bewertung einer verdeckten Einlage bei Forderungsverzicht durch den Gesellschafter (9.4.2018 – 7 K 729/17 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Michael Seppelt, RA/FAStR/FAHaGesR/StB/FBlntStR)

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

2483

Entscheidungen

BAG: Verwertungsverbot bei offener Videoüberwachung (23.8.2018 – 2 AZR 133/18)

BAG: Überwachungsrecht des Betriebsrats nach § 80 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG (24.4.2018 – 1 ABR 6/16)

BAG: Unterrichtung der Schwerbehindertenvertretung (20.6.2018 – 7 ABR 39/16)

ArbG Essen: Überzahlung eines Betriebsratsvorsitzenden (4.10.2018 – 6 BV 40/18, 1 Ca 1124/18)

Aufsatz

Dr. Sarah Reinhardt-Kasperek, RA/FAArb, und Florian Denninger, RA 2484

Gutmenschentum als Kündigungsgrund? – Rechtsprechungsupdate und Praxistipps zum Whistleblowing

Whistleblowing ist bekannt als das an die Öffentlichkeitbringen von tatsächlichen bzw. behaupteten Missständen oder Fehlverhalten in Unternehmen durch kritische Äußerungen, Beschwerden oder Anzeigen eines dortigen Arbeitnehmers. Hierbei stellt sich immer wieder für einen Arbeitgeber die Frage, inwiefern diese Anzeigen arbeitsrechtliche Maßnahmen bis hin zu Kündigungen rechtfertigen können. Ein Blick in die arbeitsrechtlichen Gesetze hilft hier nur zum Teil weiter, da es wenige gesetzliche Regelungen zu Anzeigen/Beschwerden im Arbeitsverhältnis gibt (z.B. § 17 ArbSchG, §§ 84 ff. BetrVG, §§ 13, 27a AGG). Mithin ist ein Rückgriff auf die diesbezügliche Rechtsprechung notwendig. Der nachfolgende Beitrag gibt zunächst ein Rechtsprechungsupdate zu der Frage, wann ein Whistleblowing die Grenze des Erlaubten überschreitet und einen Kündigungsgrund darstellen kann (vgl. schon Reinhardt, CB 2015, 299). Sodann werden insbesondere die Kriterien dargestellt, die bei Ausspruch einer Kündigung wegen Whistleblowings zu beachten sind.

Entscheidung

LAG Schleswig-Holstein: Mitbestimmung bei Maßnahmen des Gesundheitsschutzes – Wirksamkeit eines Einigungsstellenspruchs (25.4.2018 – 6 TaBV 21/17 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Jannis Kamann, FAArbR)** 2488



Neuerscheinung Buch

Löwisch/Schlünder/Spinner/Wertheimer, KSchG Kündigungsschutzgesetz

11. Auflage 2018, 730 Seiten, Geb., € 149,-
ISBN: 978-3-8005-3290-2 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Die Erste Seite

Dr. Barbara Fleckenstein-Weiland, LL.M., RAin/StBin/FAinStR

„JStG 2018“ – elektronische Marktplätze als verlängerter Arm der Finanzverwaltung beim Umsatzsteuerbetrug

Impressum/Vorschau

VIII



Internationales Handelsrecht

Zeitschrift für das Recht des
internationalen Warenkaufs
und Warenvertriebs

Herausgegeben von: RA Prof. Dr. Rolf Herber · RiOLG Prof. Dr. Ulrich Magnus ·
RA Prof. Dr. Burghard Piltz · RA Dr. Karl-Heinz Thume

internationales-handelsrecht.net

gemeinsam mit: MDgtin. Prof. Dr. G. Beate Czerwenka · RA Dr. Tobias Eckardt · Prof. Dr. Franco
Ferrari · Prof. Dr. Christiana Fountoulakis · RA Prof. Dr. F. Christian Genzow · RA Dr. Christian
Groß · Prof. Dr. Peter Huber · RA Prof. Dr. Stefan Kröll · Prof. Dr. Brigitta Lurger · Prof. Dr. Peter
Mankowski · Prof. Dr. Ingo Saenger · Prof. Dr. Ingeborg Schwenzer

Aufsätze > *Piotr Machnikowski* – CISG in Polish case law 181

Hartmut Fischer – Neue Rechtsprechung des BGH zum
Vertriebsrecht 186

Entscheidungen > Einbeziehung von AGB in einen CISG-Vertrag (KG, Beschl. v.
8.9.2016 – 20 Sch 3/16) 195

Nach Minderung des Kaufpreises ist „großer Schadensersatz“
ausgeschlossen (BGH, Urt. v. 9.5.2018 – VIII ZR 26/17) 196

Handelsvertreterausgleichsanspruch auch bei Beendigung in
Probezeit (EuGH, Urt. v. 19.4.2018 – C-645/16) 205

Bei CIP erfüllt der Verkäufer seine (kauf)vertraglichen Verpflichtungen
am Lieferort (OLG Düsseldorf, Urt. v. 25.1.2018 – I-20 U 82/17) *m. Anm.*
Hendrikje Herrmann 209

Feststellungsinteresse bei einer negativen Feststellungsklage im Gel-
tungsbereich des LugÜ (Schweiz: BGer, Urt. v. 14.3.2018 – 4A_417/2017)
m. Anm. Renato Bucher 212

§ 215 Abs. 1 Satz 1 VVG erfasst Versicherungsverträge, deren
Versicherungsnehmer eine juristische Person ist (BGH, Urt. v.
8.11.2017 – IV ZR 551/15) 221





Internationales Handelsrecht

Zeitschrift für das Recht des internationalen Warenkaufs und Warenvertriebs

Herausgeber:

Rechtsanwalt Prof. Dr. Rolf Herber (geschäftsführend), Ahlers & Vogel Rechtsanwälte PartG mbB, Schaarsteinwegsbücke 2, 20459 Hamburg, herber@internationales-handelsrecht.net. Verantwortlich für den Textteil. · RIOLG Prof. Dr. Ulrich Magnus, Seminar für ausländisches und internationales, Privat- und Prozessrecht an der Universität Hamburg, Schlüterstraße 28, 20146 Hamburg, frdv160@uni-hamburg.de · Rechtsanwalt Prof. Dr. Burghard Piltz, Ahlers & Vogel Rechtsanwälte PartG mbB, Schaarsteinwegsbücke 2, 20459 Hamburg, piltz@ahlers-vogel.de · Rechtsanwalt Dr. Karl-Heinz Thume, Fries Rechtsanwälte, Bernhardstraße 1, 90431 Nürnberg, thume@friesrae.de

Inhalt

internationales-handelsrecht.net

Aufsätze

Prof. Dr. Piotr Machnikowski, University of Wrocław – CISG in Polish case law 181

VRiOLG Dr. Hartmut Fischer, München – Neue Rechtsprechung des BGH zum Vertriebsrecht

Die Übersicht über neue Rechtsprechung des BGH zum Vertriebsrecht war Teil eines Vortrags auf dem 9. Symposium über aktuelle Fragen des Vertriebsrecht und des Internationalen Handelsrecht der Deutschen Gesellschaft für Vertriebsrecht. Dargestellt werden vier Entscheidungen, die im Zeitraum Mai 2017 bis April 2018 ergangen sind:

Zum Vertretenmüssen i.S.v. § 87a Abs. 3 S. 2 HGB im Falle behördlichen Eingreifens, zur Verjährung des Anspruchs des Handelsvertreters auf Erteilung eines Buchauszugs, zur Zulässigkeit der Anrechnung laufend zu zahlenden Vergütung auf den künftigen Ausgleichsanspruch und zur isolierten Pfändung des Anspruchs auf Vorauszahlung gem. § 887 Abs. 2 ZPO bei Vollstreckung eines Titels auf Erteilung des Buchauszugs. 186

Entscheidungen

UN-Kaufrecht (CISG)

Leistungsverweigerungsrecht unter CISG eingeschränkt / Inhalt und Umfang der Mängelrüge

(OLG Koblenz, Hinweisbeschl. v. 5.2.2014 – 2 U 108/13) 193

Einbeziehung von AGB in einen CISG-Vertrag

(KG, Beschl. v. 8.9.2016 – 20 Sch 3/16)..... 195

Nationales Kaufrecht

Nach Minderung des Kaufpreises ist „großer Schadensersatz“ ausgeschlossen

(BGH, Urt. v. 9.5.2018 – VIII ZR 26/17, ECLI:DE:BGH:2018:090518UVIIIIZR26.17.0)..... 196

Vertriebsrecht

Handelsvertreterausgleichsanspruch auch bei Beendigung in Probezeit

(EuGH, Urt. v. 19.4.2018 – C-645/16, ECLI:EU:C:2018:262).... 205



Inhalt

Andere Rechtsfragen

Bei CIP erfüllt der Verkäufer seine (kauf)vertraglichen Verpflichtungen am Lieferort	(OLG Düsseldorf, Urt. v. 25.1.2018 – I-20 U 82/17, ECLI:DE:OLGD:2018:0125.I20U82.17.2000) <i>m. Anm. Hendrikje Herrmann</i>	209
Feststellungsinteresse bei einer negativen Feststellungsklage im Geltungsbereich des LugÜ	(Schweiz: BGer, Urt. v. 14.3.2018 – 4A_417/2017) <i>m. Anm. Renato Bucher</i>	212
§ 215 Abs. 1 Satz 1 VVG erfasst Versicherungsverträge, deren Versicherungsnehmer eine juristische Person ist	(BGH, Urt. v. 8.11.2017 – IV ZR 551/15, ECLI:DE:BGH:2017:081117UIVZR551.15.0)	221

Aktionsmodul Zivilrecht

- > Zöller Zivilprozessrecht
- > Zivil- und Zivilverfahrensrecht
- > Arbeitsrecht
- > Familienrecht
- > Miet- und WEG-Recht

**Jetzt 4 Wochen
gratis nutzen!**

**5 MODULE
3 NUTZER
1 PREIS**

otto-schmidt.de/akr



Computer Law Review International

A Journal of Information Law and Technology

cr-international.com

Editorial Board: Prof. Dr. Thomas Dreier, M.C.J. · Dr. Jens-L. Gaster ·
RA Thomas Heymann · Prof. Dr. Michael Lehmann, Dipl.-Kfm. · Prof. Raymond T. Nimmert ·
Attorney at Law Holly K. Towle, J.D. · Attorney at Law Thomas Vinje

Articles >

- Chiara Rustici* – GDPR Profiling and Business Practice 34
- Radina Stoykova* – The right to Data Portability as a Market Tool 44
- Ian Lloyd* – Balancing Crime Prevention and Privacy on the Back of Data Retention 50

Case Law >

- Canada: Interim Injunction Authorising Shutdown and Seizure of Piracy Websites (Federal Court of Appeal, decision of 20 February 2018 – Bell Canada et al. v. Adam Lackman dba TVADDONS.AG 53
- USA: Concept of “Personally Identifiable Information” (Court of Appeals for the 9th Circuit, decision of 29 November 2017 – Chad Eichenberger v. ESPN, Inc. 58
- USA: No Enforceability of Canadian Court Order for Global Delisting in Search Results (District Court Northern District of California, decision of 2 November 2017 – Google LLC v. Equustek Solutions Inc., et al. 60

Updates >

- Javier Martínez Bavière* – Spain: Extraterritorial Application of “Right to be Forgotten” Contrary to International Law 62





Computer Law Review International

A Journal of Information Law and Technology

Editorial Board:

Prof. Dr. Thomas Dreier, M.C.J., University of Karlsruhe · Dr. Jens-L. Gaster; principal administrator, Brussels · RA Thomas Heymann, Frankfurt/M. · Prof. Dr. Michael Lehmann, Dipl.-Kfm., Max-Planck-Institute and University of Munich · Prof. Raymond T. Nimmer†, University of Houston · Attorney at Law Holly K. Towle, J.D., Seattle · Attorney at Law Thomas Vinje, Brussels

Correspondents:

Attorney at Law Sakari Aalto (Finland) · Attorney at Law Jonathan Band (USA) · Prof. Dr. Janusz Barta (Poland) · Abogado Enrique J. Batalla (Spain) · John P. Beardwood (Canada) · Prof. Dr. Jon Bing† (Norway) · Prof. DDr. Walter Blocher (Austria) · Prof. Peter Blume (Denmark) · Avvocato Gabriel Cuonzo (Italy) · Dr. Jens-L. Gaster (EU) · Prof. Ysolde Gendreau (Canada) · Dr. Lucie Guibault (Canada/Netherlands) · Avocat Dr. Martin Hauser (France) · Prof. Dr. Rosa Julia-Barcelo (Spain) · Attorney at Law Charles H. Kennedy (USA) · Dr. Stanley Lai (Singapore) · Prof. Ian Lloyd (UK) · RA Prof. Dr. Michail Marinos (Greece) · Prof. Dr. Ryszard Markiewicz (Poland) · Antonio Millé† (Argentina) · Ken Moon (New Zealand) · Prof. Raymond T. Nimmer† (USA) · Advogado Manuel Oehen Mendes (Portugal) · Prof. Jerome Reichman (USA) · Luis C. Schmidt (Mexico) · Harry Small (UK) · Prof. Alain Strowel (Belgium) · Avvocato Retro Tamburrini (Italy) · Attorney at Law Thomas Vinje (USA, EU) · Prof. Coenraad J. Visser (South Africa) · Prof. Dr. Rolf H. Weber (Switzerland) · J.T. Westermeier (USA) · Neil J. Wilkof (Israel) · Jamie Wodetzki (Australia)

Table of Contents

cr-international.com

French Data Protection's Authority CNIL's Guide to "Security of Personal Data" under GDPR of 4 April 2018

Editorial

CRI mourns the death of Prof. Ray Nimmer 33

Articles

Chiara Rustici – GDPR Profiling and Business Practice – Squaring the circle: How to apply the GDPR rules to the commercial and technological realities of profiling?
 The article begins by demonstrating that the business reality of profiling eludes attempts to answer the five simple questions posed by the GDPR (I.). Then, the three dimensions of profiling are elaborated as well as the difficulties in applying the GDPR provisions on profiling to a particular enterprise (II.). The first prong of the main part suggests that textual analysis of the GDPR reveals profiling to be best understood as a conceptual cluster (III.). The second prong of the main part then offers both analogical and policy arguments to prove that the GDPR definition of profiling also is teleological or outcome-based, rather than goal-based (IV.). As a result, it is sufficient that a form or stage of data processing shares the digital dividends of the profiling ecosystem for it to attract the qualification of profiling under the GDPR. A rigorous application of the GDPR regulates the business practice of profiling whether or not new legal tools including a prohibition of profiling by default are introduced and ahead of the forthcoming ePrivacy Regulation (V.). 34

Radina Stoykova – The right to Data Portability as a Market Tool
 The right to data portability (Art. 20 GDPR) is of hybrid nature, both serving the data subject's protection and enabling the free flow of data and as such being an instrument to enhance competition and develop the digital singular market. The right could be seen as a regulatory tool, which implies preventing market-entry barriers for SMEs on the basis of legal requirements and standardization on technology. 44



Ian Lloyd – Balancing Crime Prevention and Privacy on the Back of Data Retention – How the UK data retention saga will be intertwined by case law of the CJEU and of the ECHR beyond Brexit

Use of our mobile communication devices tells a good deal about us. It is often the case that what number calls what number, at what times and frequencies and, in the case of mobile phones from and to what geographical locations can be as revealing to law enforcement and national security agencies as the actual contents of messages. Inevitably, though, this may involve the processing of data concerning millions of people who have no inclination to engage in unlawful conduct.

Establishment of a legal regime for data retention that balances the claims of law enforcement agencies to prevent and detect criminal and terrorist activities has proved to be a difficult task. A number of legal challenges have been brought before the British and European Courts and this note seeks to consider and place in context the recent litigation involving the legality of the United Kingdom's Data Retention and Privacy Act 2014. 50

Case Law

Canada: Interim Injunction Authorising Shutdown and Seizure of Piracy Websites (Federal Court of Appeal, decision of 20 February 2018 by Noël, C.J., Gauthier, J.A. and de Montigny, J.A. – *Bell Canada et al. v. Adam Lackman dba TVADDONS.AG* [2018 FCA 42]). 53

USA: Concept of "Personally Identifiable Information" (Court of Appeals for the 9th Circuit, decision of 29 November 2017 by Graber, Murguia, and Christen, Circuit Judges – *Chad Eichenberger v. ESPN, Inc.* [No. 15-35449])..... 58

USA: No Enforceability of Canadian Court Order for Global Delisting in Search Results (District Court Northern District of California, decision of 2 November 2017 by Davila, District Judge – *Google LLC v. Equustek Solutions Inc., et al.* [Case No. 5:17-cv-04207-EJD])..... 60

Updates

Javier Martínez Bavière – Spain: Extraterritorial Application of "Right to be Forgotten" Contrary to International Law 62

20. Jahrgang Nr. 10 · Oktober 2018

MarkenR

S. 465-508

Zeitschrift für deutsches, europäisches und internationales Markenrecht

Herausgeber

Prof. Joachim Starck
Richter am Bundesgerichtshof a.D.

Prof. Dr. Olaf Sosnitza
Universität Würzburg
Richter am Oberlandesgericht a.D.

Fachbeirat

**RAin Dr. Verena
v. Bomhard**
Alicante

RA Dr. Alexander Dröge
Markenverband e.V.

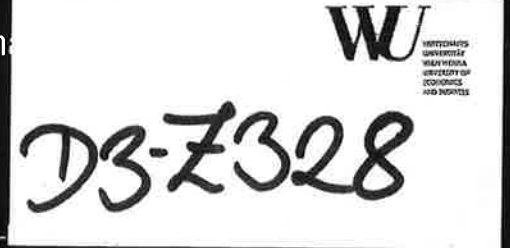
**Prof. Dr. Maximilian
Haedicke**
Universität Freiburg

Prof. Dr. Annette Kur
*Max-Planck-Institut
München*

**RA Prof. Dr. Alexander
v. Mühlendahl**
München

**RA Prof. Dr. Christian
Rohnke**
Karlsruhe

Beate Schmidt
*Präsidentin des
Bundespatentgerichts*



Art.-



... Aufsätze

Weinmann/ Bühlmann	ECOSoil Revisited Nr. 2 (Teil 1) _____	465
Bugdahl	DDR Marken – Der Dominante Rest _	475

Rezension	_____	483
------------------	-------	-----

Rechtsprechung

EuGH	NEUSCHWANSTEIN – keine geografische Herkunftsbezeichnung _	485
EuGH	Klagebefugnis einer Verwertungsgesellschaft (SNB-REACT) _____	492
BGH	Lagerung markenrechtsverletzender Waren für Dritten (Davidoff Hot Water III) _____	496
BGH	Zur Unterscheidungskraft der Zeichenfolge „#darferdas?“ _____	499
BPatG	Werktitelmäßige Benutzung setzt weitgehend fertiggestelltes Werk voraus (Werktitel Visora) _____	502

Carl Heymanns Verlag

In dieser Ausgabe:

• ZInsO-Aufsätze

Frühwarnsysteme nach dem Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur präventiven Restrukturierung (S. 2273)

von Wirtschaftsprüfer/Steuerberater Michael Hermanns, Wuppertal

Neuere Entwicklungen zur Schenkungsanfechtung (S. 2280)

von Richter am Bundesgerichtshof Professor Dr. Markus Gehrlein, Karlsruhe

• ZInsO-Dokumentation

Änderung des niederländischen Insolvenzgesetzes im Zusammenhang mit der Einführung der Möglichkeit der gerichtlichen Bestätigung eines privaten Vergleichs, um eine drohende Insolvenz abzuwenden (niederländisches Gesetz über die gerichtliche Bestätigung eines privaten Vergleichs zur Insolvenzabwendung; präventive Restrukturierung) (S. 2289)

• ZInsO-Rechtsprechungsreport

Entziehung von Überführungsstücken vor dem Zugriff der Ermittlungsbehörden durch Berufsträger (hier: Strafverteidiger) (S. 2297)

BGH, Beschl. v. 8. 8. 2018 – 2 ARs 121/18

Feststellung zur Insolvenztabelle wirkt wie ein entsprechender Steuerbescheid; Anfechtungsmöglichkeiten (S. 2300)

BFH, Beschl. v. 5. 7. 2018 – XI B 17/18

Insolvenzanfechtung: Kenntnis des Finanzamts von (drohender) Zahlungsunfähigkeit der OHG indiziert nicht zugleich Kenntnis von „privater“ Zahlungsunfähigkeit ihres Gesellschafters (S. 2302)

OLG Frankfurt/M., Urt. v. 22. 8. 2018 – 4 U 159/17

Haftung des GmbH-Geschäftsführers für Pflichtverletzungen durch Zahlungen und Abschluss eines Mietvertrags nach Insolvenzreife (S. 2310)

OLG München, Urt. v. 9. 8. 2018 – 23 U 2936/17

Haftung des Geschäftsführers für während einer vorläufigen Eigenverwaltung entstandene Umsatzsteuer-Rückstände bei mündlichem Widerspruch des vorläufigen Sachwalters (S. 2320)

FG Münster, Urt. v. 16. 5. 2018 – 7 K 783/17

m. Anm. Schröder/Rekers

Schadensersatzpflicht von „insolvenzunbedarftem“ Mitarbeiter bei Herausgabe des Dienstwagens an früheren „Chef“ anstelle an Insolvenzverwalter (S. 2326)

BAG, Urt. v. 22. 3. 2018 – 8 AZR 779/16

Gehörsverstoß durch unterbliebene Berücksichtigung erstinstanzlich geänderten Vortrags durch das Berufungsgericht (S. 2327)

BGH, Beschl. v. 24. 7. 2018 – VI ZR 599/16



Michael Bretz

RA Dr. Christian Brünkmans

RA Dr. Jan de Weerth

Prof. Dr. Ulrich Foerste

RA Dr. Michael C. Frege

RiAG Frank Frind

RiBGH Prof. Dr. Markus Gehrlein

Prof. Dr. Hugo Grote

RA Dr. Andreas Henkel

WP/StB Michael Hermanns

Prof. Dr. Heribert Hirte

RiAG Martin Horstkotte

Präs. LG a.D. Prof. Dr. Michael Huber

RA Peter J. Hütten

RA Dr. Karen Kuder

RA Dr. Norbert Küpper

RiAG Dr. Peter Laroche

Prof. Dr. Wolfgang Marotzke

PD Dr. Sebastian Mock

RA Dr. Patrick Mückl

Prof. Dr. Bettina Nunner-Krautgasser

RA Dr. Manfred Obermüller

Vors. RiOLG Dr. Dietmar Onusseit

RA Prof. Dr. Klaus Pannen

RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape

RA Dr. Christoph Poertzgen

RA Stephan Ries

Prof. Dr. Thomas Rönnau

Prof. Dr. Jessica Schmidt

RiBGH a.D. Prof. Dr. Lutz Strohn

RiBGH a.D. Gerhard Vill

OStA Raimund Weyand

Schriftleiter:

RA Prof. Dr. Hans Haarmeyer

Inhaltsverzeichnis

ZInsO-Aktuell

ZInsO-Beilage: Insolvenzreport 42/2018

ZInsO-Aufsätze

- Frühwarnsysteme nach dem Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur präventiven Restrukturierung** 2273
 von *Wirtschaftsprüfer/Steuerberater Michael Hermanns, Wuppertal*
- Neuere Entwicklungen zur Schenkungsanfechtung** 2280
 von *Richter am Bundesgerichtshof Professor Dr. Markus Gehrlein, Karlsruhe*

ZInsO-Dokumentation

- Änderung des niederländischen Insolvenzgesetzes im Zusammenhang mit der Einführung der Möglichkeit der gerichtlichen Bestätigung eines privaten Vergleichs, um eine drohende Insolvenz abzuwenden (niederländisches Gesetz über die gerichtliche Bestätigung eines privaten Vergleichs zur Insolvenzabwendung: präventive Restrukturierung)** 2289

ZInsO-Bücher- und Zeitschriftenreport

- In dieser Rubrik geben wir eine Übersicht über die wichtigsten und interessantesten Veröffentlichungen aus dem Bereich des Insolvenzrechts 2295

ZInsO-Rechtsprechungsreport

Entscheidungsreport

• Insolvenzrecht

- Entziehung von Überführungsstücken vor dem Zugriff der Ermittlungsbehörden durch Berufsträger (hier: Strafverteidiger)** 2297
BGH, Beschl. v. 8. 8. 2018 – 2 ARs 121/18
- Insolvenzverfahrensrecht: Keine (insolvenzrechtliche) Aufrechnung bei „Baukostenzuschuss“ als Mietvorauszahlung** 2300
BGH, Beschl. v. 19. 7. 2018 – IX ZR 212/17
- Feststellung zur Insolvenztabelle wirkt wie ein entsprechender Steuerbescheid; Anfechtungsmöglichkeiten** 2300
BFH, Beschl. v. 5. 7. 2018 – XI B 17/18
- Insolvenzanfechtung: Kenntnis des Finanzamts von (drohender) Zahlungsunfähigkeit der OHG indiziert nicht zugleich Kenntnis von „privater“ Zahlungsunfähigkeit ihres Gesellschafters** 2302
OLG Frankfurt/M., Urt. v. 22. 8. 2018 – 4 U 159/17
- Anfechtung: Richtiger Anfechtungsgegner bei treuhänderisch abgetretener Forderung** 2306
OLG Frankfurt/M., Urt. v. 9. 5. 2018 – 4 U 52/17
- Haftung des GmbH-Geschäftsführers für Pflichtverletzungen durch Zahlungen und Abschluss eines Mietvertrags nach Insolvenzreife** 2310
OLG München, Urt. v. 9. 8. 2018 – 23 U 2936/17
- Rechtsstellung des Pfandrechtsgläubigers hinsichtlich einer Lebensversicherung in der Insolvenz des Schuldners einer Pensionszusage; Pfändbarkeit von Versorgungsansprüchen** 2316
OLG Oldenburg, Urt. v. 16. 2. 2018 – 6 U 7/18
- Haftung des Geschäftsführers für während einer vorläufigen Eigenverwaltung entstandene Umsatzsteuer-Rückstände bei mündlichem Widerspruch des vorläufigen Sachwalters** 2320
FG Münster, Urt. v. 16. 5. 2018 – 7 K 783/17
m. Anm. Schröder/Rekers

Ersatz von Inkassokosten; gerichtliches Mahnverfahren	2324
<i>AG Esslingen, Urt. v. 18. 5. 2018 – 5 C 234/18</i>	
• Insolvenzkapitalmarktrecht	
Kein Auskunftsanspruch eines Kommanditisten gegen den Insolvenzverwalter zur Abwehr von Rückzahlungsansprüchen	2324
<i>OLG Bremen, Beschl. v. 21. 9. 2018 – I W 25/18</i>	
• Arbeits- und Sozialrecht	
Schadensersatzpflicht von „insolvenzunbedarftem“ Mitarbeiter bei Herausgabe des Dienstwagens an früheren „Chef“ anstelle an Insolvenzverwalter	2326
<i>BAG, Urt. v. 22. 3. 2018 – 8 AZR 779/16</i>	
• Verfahrensrecht	
Gehörsverstoß durch unterbliebene Berücksichtigung erstinstanzlich geänderten Vortrags durch das Berufungsgericht	2327
<i>BGH, Beschl. v. 24. 7. 2018 – VI ZR 599/16</i>	

HERAUSGEBER

Herausgeber:

Prof. Dr. Christian Berger • RA Dr. Susanne Berner • Michael Bretz • RA Dr. Christian Brinkmans • RA Dr. Jan de Weerth • Prof. Dr. Ulrich Foerste • RA Dr. Michael C. Frege • RiAG Frank Frind • RiBGH Prof. Dr. Markus Gehrlein • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Dr. Andreas Henkel • WP/StB Michael Hermanns • Prof. Dr. Heribert Hirte • RiAG Martin Horstkotte • Präs. LG a.D. Prof. Dr. Michael Huber • RA Peter J. Hützen • RA Dr. Karen Kuder • RA Dr. Norbert Klüpper • RiAG Dr. Peter Laroche • Prof. Dr. Wolfgang Marotzke • PD Dr. Sebastian Mock • RA Patrick Mückl • Prof. Dr. Bettina Nunner-Krautgasser • RA Dr. Manfred Obermüller • Vors. RiOLG Dr. Dietmar Onusseit • RA Prof. Dr. Klaus Pammen • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • RA Dr. Christoph Poertzgen • RA Stephan Ries • Prof. Dr. Thomas Rönnau • Prof. Dr. Jessica Schmidt • RiBGH a.D. Prof. Dr. Lutz Strohn • RiBGH a.D. Gerhard Vill • OStA Raimund Weyand

Schriftleitung:

RA Prof. Dr. Hans Haarmeyer

Gründungsherausgeber:

RiBGH a.D. Hans-Peter Kirchhof • Vors. RiBGH a.D. Dr. Gerhart Kreft • Vors. RiLAG a.D. Ernst-Dieter Berscheid • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • Prof. Udo Hintzen • Prof. Dr. Heribert Hirte • RA Dr. Manfred Obermüller • RA Wolfgang Wutzke • RA Dr. Karsten Förster • Michael Bretz • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Martin Nothoff • Dipl.-Kfm./StB Gerd Scholten • OStA Raimund Weyand

Urheber- und Verlagsrechte:

Annahme nur von Originalaufsätzen, die ausschließlich dem Verlag zur Alleinverwertung in allen Medien angeboten werden. Mit der Annahme des Manuskripts durch den Verlag überträgt der Autor dem Verlag für die Dauer von vier Jahren das ausschließliche, danach das einfache Nutzungsrecht. Das Nutzungsrecht umfasst insbesondere auch die Befugnis zur Einspeicherung in Datenbanken sowie zur weiteren Vervielfältigung im Wege fotomechanischer oder elektronischer Verfahren, einschl. Disketten, CD-ROM, DVD und Online-Diensten.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages unzulässig.

IMPRESSUM

Wolters Kluwer Deutschland GmbH

Carl Heymanns Verlag

Luxemburger Str. 449, 50939 Köln

<http://www.insolvenzrecht.jurion.de>

Kundenservice: (0 26 31) 801-22 22

Erscheinungsweise: wöchentlich

Anzeigenverkauf: Janosch Kleibrink

Telefon: (02 21) 9 43 73-77 19

E-Mail: Janosch.Kleibrink@wolterskluwer.com

Anzeigendisposition: Karin Odening

Telefon (02 21) 9 43 73-77 60

E-Mail: anzeigen@wolterskluwer.com

Schriftleiter: Rechtsanwalt Prof. Dr. iur. Hans Haarmeyer

E-Mail: hans.haarmeyer@t-online.de

Manuskripte erbeten an den Schriftleiter

Redaktion: Anke Losch, Kathrin Gehrlein

Luxemburger Str. 449, 50939 Köln

Telefon: (02 21) 9 43 73-70 69

E-Mail: ZInsO.redaktion@wolterskluwer.com

Bezugspreis zzgl. Versandkosten

(monatlich im Voraus): € 62,40

Preis für das Einzelheft: € 27,00

Kündigungsfrist:

6 Wochen zum Ende des Bezugsjahres

Herstellung: Williams Lea & Tag GmbH, München

ISSN 1615-8032

Mitteilungen

der deutschen Patentanwälte

Herausgegeben vom Vorstand der Patentanwaltskammer

Aus dem Inhalt

Beiträge

- | | |
|----------------------------------|---|
| Wirtz | Aktuelles aus dem Markenrecht |
| Bär /
Graf Ballestrem | Bewertung von geistigem Eigentum, insbesondere bei Veräußerung / Lizenzierung im Zeitalter von BEPS – Aufgabe des Fremdvergleichsgrundsatzes? |
| Stamm | Vektoranalyse des Patentanspruchs |
| Scheil | Aktuelles aus der VR China – Abmahnung, Berechtigungsanfrage und Negative Feststellungsklage in der chinesischen Patentpraxis |



Entscheidungen

- | | |
|--------------|---|
| BGH | Gurtstraffer – Zweck- oder Funktionsangaben in einem Sachanspruch |
| BGH | goFit – Suchwortergänzung bei Amazon verletzt nicht das Firmenschlagwort |
| EuGH | Acacia – Reparaturklausel, Bauelement eines komplexen Erzeugnisses |
| BPatG | Sportbrille – einheitlicher Schutzgegenstand eines Designs bei unterschiedlichen Farbkontrasten der Einzelabbildungen |

Mitteilungen der deutschen Patentanwälte

Herausgegeben vom Vorstand der Patentanwaltskammer

109. Jahrgang
München, Heft 10
Oktober 2018
Seiten 425 – 476
Zitierweise: Mitt. (Jahr), (S.)

Freischaltung der
recherchierbaren Onlineausgabe:
Kundenservice Wolters Kluwer Online
+ 49 (221) 9 43 73-70 50
onlineservice@wolterskluwer.com

Inhalt

Beiträge

Wirtz	Aktuelles aus dem Markenrecht	425
Bär / Graf Ballestrem	Bewertung von geistigem Eigentum, insbesondere bei Veräußerung / Lizensierung im Zeitalter von BEPS – Aufgabe des Fremdvergleichsgrundsatzes?	437
Stamm	Vektoranalyse des Patentanspruchs	443
Scheil	Aktuelles aus der VR China – Abmahnung, Berechtigungsanfrage und Negative Feststellungsklage in der chinesischen Patentpraxis	447

Entscheidungen

BGH	Patent Urt. vom 24.4.2018, X ZR 50/16 – Gurtstraffer Zweck- oder Funktionsangaben in einem Sachanspruch	451
	Leitsätze	
BGH	Marke Urt. vom 15.2.2018, I ZR 201/16 – goFit Suchwortergänzung bei Amazon verletzt nicht das Firmenschlagwort	455
	Leitsatz	
EuGH	Design Urt. vom 20.12.2017, C-397/16 und C-435/16 – Acacia Reparaturklausel, Bauelement eines komplexen Erzeugnisses	460
BPatG	Beschl. vom 13.4.2018, 30 W (pat) 803/15 – Sportbrille einheitlicher Schutzgegenstand eines Designs bei unterschiedlichen Farbkontrasten der Einzelabbildungen	467
	Arbeitnehmererfinderrecht – Leitsatz	473



Inhalt

	Wettbewerbsrecht	
EuGH	Urt. vom 21.2.2018, C-132/17 – Werbevideo auf YouTube Werbevideokanal für Modelle neuer Personenkraftwagen auf YouTube Leitsätze	473
	Berufsrecht – Leitsatz	475

Rezensionen

Ann	Rosenberger / Wündisch, Verträge über Forschung und Entwicklung, 3. Auflage	476
Fitzner	Kilian / Koch, Anwaltliches Berufsrecht, 2. Auflage	476

Mit dieser Ausgabe verteilen wir je eine Beilage der Verlag C.H. Beck oHG, der IP for IP GmbH sowie zwei Beilagen vom Carl Heymanns Verlag. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Impressum

Schriftleitung

Verantwortlicher Schriftleiter: Patentanwalt Dipl.-Phys. Dr. rer. nat. Malte Köllner, Vogelweidstraße 8, 60596 Frankfurt, Tel.: 069/69 59 60-0, Telefax: 069/69 59 60-22, E-Mail: info-ffm@dennemeyer-law.com. Weitere Mitglieder der Schriftleitung: Patentanwälte Dipl.-Phys. Dr. rer. nat. Stefan Schohe, München, Dipl.-Biol. Dr. phil. nat. Anastassios Pischitzis, Frankfurt. Einsendungen, die sich auf den Inhalt der Zeitschrift beziehen, sind an die obige Anschrift des verantwortlichen Schriftleiters zu richten. Aufsätze und Bemerkungen geben die Meinung des Verfassers, nicht die der Schriftleitung oder des Verlages wieder.

Beiträge werden nur zur zeitlich unbeschränkten Alleinveröffentlichung angenommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Nutzungsrechte, auch zur digitalen Nutzung (z.B. auf CD und im Internet) und zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege fotomechanischer oder anderer Verfahren. Für Manuskripte, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Verlag

Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Carl Heymanns Verlag, Freisinger Straße 3, 85716 Unterschleißheim, Jan Lindloff, Telefon 089/3 60 07-32 57, jan.lindloff@wolterskluwer.com

Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Carl Heymanns Verlag, Köln, Luxemburger Straße 449, Postadresse: 50926 Köln, Telefon 02 21/9 43 73-70 00, Telefax 02 21/9 43 73-72 01, www.carl-heymanns.de

Kundenservice: Telefon 0 26 31/8 01-22 22, e-mail: info-wkd@wolterskluwer.com

© 2018 Wolters Kluwer Deutschland GmbH/Carl Heymanns Verlag

Die Zeitschrift einschließlich aller ihrer Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jeder Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne die Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, auch von Teilen der Zeitschrift zum innerbetrieblichen Gebrauch.

Bezugsbedingungen

Die Zeitschrift erscheint grundsätzlich monatlich. Jahresabonnement inkl. ein Online-Zugang Gesamtpreis 254,00 € zzgl. Versandkosten (18,00 € Inland/35,40 € Ausland). Das Jahresabonnement enthält 17,96 € USt (Print 7 % auf 224,04 € = 15,68 €; Online 19 % auf 12,00 € = 2,28 €). Bei Mehrfachlizenzen zzgl. 1,00 € je Nutzer/Monat zzgl. 19% USt. Vorzugspreis für Bewerber/Studenten 50 % (zzgl. Versandkosten). Aufkündigung des Bezugs bis 30.09. zum Jahresende. Einzelheft 25,00 € inkl. 7 % MwSt. zzgl. Versandkosten.

Anzeigen

Anzeigenverkauf: Janosch Kleibrink, Telefon 02 21/9 43 73-77 19, E-Mail: Janosch.Kleibrink@wolterskluwer.com

Anzeigendisposition: Karin Odening, Telefon 02 21/9 43 73-77 60, E-Mail: anzeigen@wolterskluwer.com

Die Anzeigen werden nach der Preisliste Nr. 37 vom 1. 1. 2018 berechnet.

Satz: rdz GmbH, Sankt Augustin

Druck: Williams Lea & Tag GmbH, München

ISSN 0026-6884

Mohr Siebeck
72010 Tübingen
Postfach 2040
ISSN 0022-6882

Redaktion:
72074 Tübingen
Wilhelmstraße 18
jz@mohrsiebeck.com

Telefon
(07071) 923-52
Telefax
(07071) 923-67
www.juristenzeitung.de



DB-Z 134

Juristen Zeitung

20

73. Jahrgang
19. Oktober 2018
Seiten 953-1004



Aus dem Inhalt:

Wilhelm-Albrecht Achilles

Vom Bürgerlichen Gesetzbuch zum Verbrauchergesetzbuch? – Zum Perspektivwechsel des Gesetzgebers im Kaufrecht

Benjamin Raue

Meinungsfreiheit in sozialen Netzwerken

Andrea Edenharter

Rechtliche Implikationen eines Verbots der Vollverschleierung – EMRK, Deutschland, Schweiz

Ferdinand Wollenschläger

Die Verbraucherinformation vor dem BVerfG

BGH mit Anmerkung von

Alexander Scheuch

Bußgeldregress der Fluggesellschaft gegen den Passagier bei Beförderung und Einreise ohne Visum



Herausgeber

Professor Dr. Dr. Eric Hilgendorf, Würzburg
Professor Dr. Matthias Jestaedt, Freiburg i.Br.
Professor Dr. Herbert Roth, Regensburg
Professor Dr. Astrid Stadler, Konstanz

Professor Dr. Bernhard Großfeld, Münster (bis 2000)
Professor Dr. Christian Starck, Göttingen (bis 2006)
Professor Dr. Dr. h.c. Rolf Stürner, Freiburg i.Br. (bis 2012)

Redaktion

Martin Idler, Tübingen

Mohr Siebeck

20 73. Jahrgang
19. Oktober 2018

JZ Juristen Zeitung

Inhalt

Aufsätze

Professor Dr. **Wilhelm-Albrecht Achilles**
Vom Bürgerlichen Gesetzbuch zum Verbraucher-
gesetzbuch? – Zum Perspektivwechsel des Gesetzgebers
im Kaufrecht **953**

Professor Dr. **Benjamin Raue**
Meinungsfreiheit in sozialen Netzwerken **961**

Privatdozentin Dr. **Andrea Edenharter**
Rechtliche Implikationen eines Verbots der Voll-
verschleierung – EMRK, Deutschland, Schweiz **971**

Besprechungsaufsatz

Professor Dr. **Ferdinand Wollenschläger**
Die Verbraucherinformation vor dem BVerfG **980**

Umschau

Kurzbeitrag
Schriftformklauseln
Professor Dr. Dr. h.c. mult. **Hein Kötz** **988**

Literatur

Benjamin von Engelhardt: Die Welthandelsorganisation
(WTO) und demokratische Legitimität
Professor Dr. **Dietrich Murswiek** **991**

Entscheidungen

BVerfG, 21. 3. 2018 – 1 BvF 1/13
Behördliche Verbraucherinformation über Verstöße
gegen lebensmittelrechtliche Vorschriften gemäß
§ 40 Abs. 1a LFGB **994**

BGH, 15. 5. 2018 – X ZR 79/17
mit Anmerkung von
Dr. **Alexander Scheuch**
Bußgeldregress der Fluggesellschaft gegen den Passagier
bei Beförderung und Einreise ohne Visum **999**

JZ Information

Aktuelles aus der Rechtsprechung/
Aus dem Inhalt der nächsten Hefte **637***
Aus den Hochschulen **638***
Gesetzgebung **639***
Entscheidungen in Leitsätzen **639***
Neuerscheinungen **653***
Zeitschriftenübersicht **666***
Festschrift/Sammelwerke **670***
Impressum **672***



10/2018

S. 613–684, ART.-NR. 451–506

Oktober 2018

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z 4

RdW

ÖSTERREICHISCHES RECHT DER WIRTSCHAFT

Herausgeber: Wilma Dehn, Werner Doralt, Gunter Mayr,
Christian Nowotny, Franz Schrank

WIRTSCHAFTSRECHT

- » **Andreas Payer:** Kapitalerhaltung und Gläubigerschutz der GmbH & Co KG
- » **Florian Weixelbaum/Moritz Zoppel:** AGB-Pfandrecht und TTCA-Verbot nach dem WAG 2018
- » **Waltraut Kotschy:** Datenschutz – eine Standortbestimmung (Teil III)

ARBEITSRECHT

- » **Andreas Gerhartl:** Nebentätigkeiten und Nebenbeschäftigungen

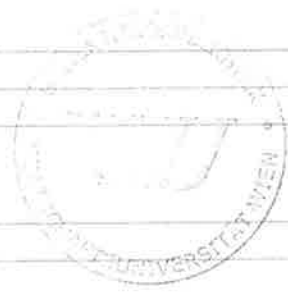
STEUERRECHT

- » **Alexandra Wild:** Umgründungssteuerrichtlinien-Wartungserlass 2018
- » **Sebastian Bergmann:** Verdeckte Vereinszuwendungen
- » **VwGH:** Rechtsanwaltskosten und außergewöhnliche Belastung





GESETZGEBUNG	III
INFO AKTUELL – WIRTSCHAFTSRECHT	613
INFO AKTUELL – ARBEITS-, SOZIAL- UND STEUERRECHT	614
WIRTSCHAFTSRECHT	
Andreas Payer: Kapitalerhaltung und Gläubigerschutz der GmbH & Co KG	615
Florian Weixelbaum/Moritz Zoppel: AGB-Pfandrecht und TTCA-Verbot nach dem WAG 2018	624
Waltraut Kotschy: Datenschutz – eine Standortbestimmung (Teil III)	629
JUDIKATUR	
»SCHULDRECHT	
Fremdwährungskredit – Stop-Loss-Vereinbarung	633
Fremdwährungskredit – Beratungspflicht der Bank betr Gesamtkonzept?	633
Montrealer Übereinkommen – Unfallsbegriff	634
»KONSUMENTENSCHUTZ	
Verbrauchergerichtsstand: Bedeutung des Internet-Auftritts	634
Hotelgutschein über Online-Plattform – unzulässige Klauseln	635
Verbandsklage: Bank-AGB – entgeltlicher Kontoauszug	635
»UNTERNEHMENSRECHT	
Handelsvertreter: Verhinderung am Verdienst durch Unternehmer	636
EuGH: Güterbeförderung – internationale Zuständigkeit	636
»GESELLSCHAFTSRECHT	
GmbH: Veräußerung des gesamten Gesellschaftsvermögens	637
Zusammenschlussvertrag – Vorlage an Firmenbuchgericht?	638
»PRIVATSTIFTUNGSRECHT	
Privatstiftung – Änderungsrecht	640
Privatstiftung – Substiftungen	640
Abberufung von Stiftungsvorständen – Unterbrechung des Verfahrens?	642
»IMMATERIALGÜTERRECHT	
Löschung der Marke „Steirisches Kürbiskernöl“ mangels Benutzung	643
EuGH: Verwendung des Fotos einer fremden Website	644
EuGH: Scotch Whisky/Glen – geschützte geografische Angabe?	644



INHALTSVERZEICHNIS

» **INSOLVENZRECHT**

Schuldenregulierungsverfahren: Übergangsrecht zum IRÄG 2017	6
Anlegerschaden – Insolvenz des Vermögensberaters	6
Rücktritt des Masseverwalters vom Verkauf einer Eigentumswohnung	6
Insolvenzverwalter – Einsicht in Beitragskonten der GKK?	6

ARBEITSRECHT

Andreas Gerhartl: Nebentätigkeiten und Nebenbeschäftigungen

JUDIKATUR» **ALLGEMEINES ARBEITSRECHT**

Kundendiensttechniker: Fahrten zwischen Wohnung und ersten/letzten Kunden sind Arbeitszeit	6
Entgeltfortzahlung nach § 1155 ABGB: Absichtliches Versäumen einer zumutbaren Ersatzbeschäftigung?	6
Rechtsanspruch auf Elternteilzeit – Berechnung der maßgeblichen Mindestbetriebsgröße	6
Betriebsrat: Mehrfache Verständigung – Frist zur Stellungnahme	6
Stellungnahme des BR-Vorsitzenden im Urlaub zu Kündigungsabsicht	6
Auslösung der AMS-Anzeigepflicht bei Massenkündigungen	6
Unbefugtes Löschen einer Datei vom Dienst-PC – Entlassung	6

» **KINDERBETREUUNGSGELD**

Kein Kinderbetreuungsgeld ohne gemeinsame Hauptwohnsitzmeldung	6
Einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld: Bezug einer Urlaubersatzleistung im Beobachtungszeitraum	6
Einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld: Unbezahlter Urlaub am Ende des Beobachtungszeitraums	6

» **SOZIALVERSICHERUNGSRECHT**

Sturz vor Haustür in ungeklärtem Zusammenhang – kein Wegunfall	6
Unfall auf Behördenweg mit Umweg zur Wohnung – kein Wegunfall	6
Haftung des Geschäftsführers für offene Beitragschulden	6
Vortragender in Berufsausbildungskursen – kein Werkvertragsverhältnis	6

STEUERRECHT

Alexandra Wild: Umgründungssteuerrichtlinien-Wartungserlass 2018	6
Sebastian Bergmann: Verdeckte Vereinszuwendungen	6
VwGH zum Erlass eines Arbeitgeberdarlehens aus privaten Motiven (<i>Nikolaus Zorn</i>)	6
VwGH: Rechtsanwaltskosten bei bloß relativem Anwaltszwang keine außergewöhnliche Belastung (<i>Nikolaus Zorn</i>)	6
VwGH zur fremdüblichen Vermietung bei subventionierten Gesellschaften (<i>Nikolaus Zorn</i>)	6
VwGH: Beschwerde gegen Antrag auf zurückweisenden Bescheid reicht für die Aussetzung (<i>Nikolaus Zorn</i>)	6

» **BLICK NACH DEUTSCHLAND**

Udo Eversloh: BFH: Berechnung der 44-€-Freigrenze bei Sachbezügen	6
--	---

IMPRESSUM

D3-749

GStB Gestaltende Steuerberatung

Steuerplanung · Steueroptimierung · Gestaltungsmodelle



Ihr Plus im Netz: gstb.iww.de | S. 341–376
Online | Mobile | Social Media

Kurz informiert

Pflicht zur Vorlage elektronischer Aufzeichnungen bei der EÜR.....	341
Abzugsverbot für Jahresbeiträge der sog. Bankenabgabe.....	341

Stuerticker

Neues aus Rechtsprechung und Finanzverwaltung auf den Punkt gebracht.....	342
---	-----

Entschädigungen

Zahlung für beschleunigtes Ende des Arbeitsverhältnisses nicht immer begünstigt.....	345
--	-----

Gesellschafter-Geschäftsführer

Bei Entgeltumwandlung kein neuer Erdienenszeitraum nötig.....	346
---	-----

Umwandlungssteuerrecht

BFH stellt klar: Bei einer Aufwärtsverschmelzung fällt Einbringungsgewinn II an.....	348
--	-----

Unternehmer

„Teufelskreis“ Insolvenzanfechtung: So kann sich Ihr Mandant schützen!.....	351
---	-----

Sachbezüge

Versand- und Handlingkosten bei der 44-EUR-Grenze.....	353
--	-----

Aktiengewinne

Wertpapiere vor Verkauf auf die Kinder übertragen.....	356
--	-----

Immobilien

Ertragsteuerliche Folgen der Schenkung von Grundstücken.....	357
--	-----

Umsatzsteuer

EuGH akzeptiert deutsche Handhabung zur Vorsteuerkorrektur bei „verlorenen Anzahlungen“.....	363
--	-----

Organschaft

Neues zur ertragsteuerlichen Organschaft: BFH brennt geradezu ein Feuerwerk ab!.....	368
--	-----

10 | 2018



EUROPEAN COMPANY
FINANCIAL LAW REV

DB-£226

ONDERNEMINGSRECHT · RDS · RPS-TRV · REV. SOCIÉTÉS · RIV. SOCIETÀ · SZW · ZGR

E
C
F
F
R

CONTENTS

Nick Hallemeech

**Self-Dealing by Controlling Shareholders: Improving
Minority Protection in Light of Article 9c SRD**

197

Morten Kinander

**The Norwegian Model for Access to the European
Financial Markets: The Principles and Practicalities of the
EEA States' Solution to the Passporting Issue in Light of
Brexit**

236

Ariel Mucha and Krzysztof Oplustil

**Redefining the Freedom of Establishment under EU Law
as the Freedom to Choose the Applicable Company Law:
A Discussion after the Judgment of the Court of Justice
(Grand Chamber) of 25 October 2017 in Case C-106/16,
Polbud**

270

Jonathan Mukwiri

**Protectionism and the EU Market for Corporate Control:
Is It Possible to Get the Best of Both Worlds?**

308

Chiara Picciau

**The Evolution of the Liability of Credit Rating Agencies
in the United States and in the European Union:
Regulation after the Crisis**

339

R.J. De Weijts

**Harmonization of European Insolvency Law: Preventing
Insolvency Law from Turning against Creditors by
Upholding the Debt-Equity Divide**

403

Self-Dealing by Controlling Shareholders: Improving Minority Protection in Light of Article 9 c SRD

by

NICK HALLEMEESCH*

Controlling shareholders may cause a company to enter into transactions with themselves or one of their subsidiaries, thereby expropriating minority shareholders. General principles of company law, such as board autonomy, often do not adequately constrain controlling shareholders. Moreover, Belgian, French and Dutch courts apply deferential standards of review to related party transactions, while approval procedures in these jurisdictions are also flawed. A recent amendment to the Shareholder Rights Directive requires adequate protection of minority shareholders against self-dealing. Member States may subject related party transactions to a majority-of-minority vote, the approval of independent directors or judicial review. This paper discusses the efficiency of each of these mechanisms.

Table of Contents

ECFR 2018, 197–235

I. Introduction	198
II. Mechanics and Consequences of Self-Dealing	198
III. Are General Principles of Company Law Helpful?	204
A. Board Autonomy	204
B. Equal Treatment of Shareholders	209
C. Transparency	210
IV. Inadequacy of Self-Dealing Mechanisms in Some Civil Law Jurisdictions	212
A. Voting on Conflicted Transactions	212
B. Deferential Standards of Review	213
C. Unsatisfactory Approval Procedures	222
D. Conclusion: Need for Improvement	224
V. Overview of Article 9 c Shareholders' Rights Directive	225



* Ph.D. Candidate, University of Leuven; LL.M., Harvard Law School. This research was funded by the Belgian American Educational Foundation and the Harvard Law School Summer Academic Scholarship. I wish to thank Prof. Bernard Tilleman and Mr. Jarret Huang for their useful comments. All mistakes are mine. A related article on this topic has been published in Dutch: N. Hallemeesch, 'Belangenconflicten van meerderheidsaandeelhouders. Zoektocht naar betere minderheidsbescherming vanuit rechtseconomisch en rechtsvergelijkend perspectief' (2017) TRV-RPS 5-41.

VI. Efficiency of Self-Dealing Mechanisms	226
A. Judicial Review or Approval Procedure?	226
B. Shareholders or Directors?	230
VII. Conclusion	235

I. Introduction

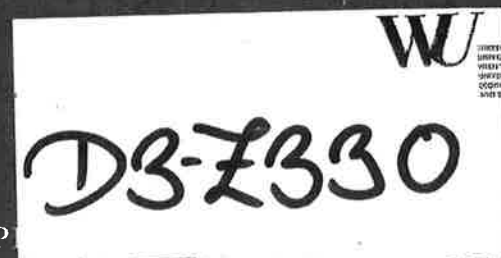
1. This paper aims at making a contribution to the quest for adequate minority protection against related party transactions in listed companies. Considering the dominance of concentrated ownership structures in continental Europe, this paper is confined to self-dealing by controlling shareholders. The first chapter of this paper discusses the mechanics and consequences of self-dealing. The second chapter discusses why general principles of company law, which are often deemed the first line of defence in protecting minority shareholders, do not adequately constrain controlling shareholders. The third chapter describes the current legal regime in Belgium, France and the Netherlands. It is explained how traditional legal strategies against self-dealing are designed and applied in these jurisdictions, and why they do not offer adequate protection to minority shareholders. The fourth chapter discusses the recent amendment to the Shareholders' Rights Directive, which requires adequate protection of minority shareholders against related party transactions. Member States may subject related party transaction to a majority-of-minority vote, the approval of independent directors or, sometimes, judicial review. The fifth chapter suggests how Member States should choose between each of these mechanisms, by discussing their comparative efficiency.

II. Mechanics and Consequences of Self-Dealing

2. Risk of value diversion by controlling shareholder imposes a cost on the company – Market forces stimulate managers and shareholders to increase share value.¹ However, markets are never fully competitive.² In widely held companies, the market for corporate control creates an additional check on

1 R.K. Winter, 'State Law, Shareholder Protection, and the Theory of the Corporation' (1977) 6 JLS 251, 264.

2 K. Kastiel, 'Executive Compensation in Controlled Companies' (2015) 90 Ind.L.J. 1131, 1139; M.J. Roe, 'The Institutions of Corporate Governance' in C. Ménard and M. M. Shirley (eds), *Handbook of New Institutional Economics* (Springer, Dordrecht 2005) 378; R.K. Winter, 'State Law, Shareholder Protection, and the Theory of the Corporation' (1977) 6 JLS 251, 266.



EPPPL

EUROPEAN
PUBLIC PRIVATE PARTNERSHIP

LAW REVIEW

ARTICLES

- In-house Procurement
How it is Implemented and Applied in Poland
Wojciech Hartung and Katarzyna Kuzma
- Non-legal Barriers to Sustainable Public Procurement in Poland
Beata Faradk
- Human Rights in Public Procurement
Protecting them Properly?
Raghibul Lameer
- Smart Cities and Innovation Partnership
A New Way of Pursuing Economic Wealth and Social Welfare
Andrea Castelli
- An Appraisal of the Framework for Public Private Partnership in South Africa
Augustine Amuro

CASE LAW

- It is Possible for the State to Develop and Impose Technical Solutions for e-Procurement
Annotation on Case T-138/15 *Ambestellingskalender BV and Others v European Commission*
Zingirici Ruzkieric
- The Italian Mechanism of Paid Assistance in Compiling Procurement Documentation
Annotation on joined Cases C-523/16 and C-536/16 *MA.TE.SUD*
Mico Conti

THE LEGAL PUBLISHER

lexxion

REPORTS

Denmark • Serbia

Contents

EDITORIAL	169
<i>Christopher H. Bovis, FRSA</i>	
 ARTICLES	
In-house Procurement – How it is Implemented and Applied in Poland	171
<i>Wojciech Hartung and Katarzyna Kuźma</i>	
Non-legal Barriers to Sustainable Public Procurement in Poland	184
<i>Beata Faracik</i>	
Human Rights in Public Procurement Protecting them Properly?	198
<i>Ragnhild Lunner</i>	
Smart Cities and Innovation Partnership A New Way of Pursuing Economic Wealth and Social Welfare	207
<i>Andrea Castelli</i>	
An Appraisal of the Framework for Public Private Partnership in South Africa	214
<i>Augustine Arimoro</i>	
 CASE LAW	
It is Possible for the State to Develop and Impose Technical Solutions for e-Procurement	229
Annotation on the Judgment of the General Court (Seventh Chamber) of 28 September 2017 in Case T-138/15, <i>Aanbestedingskalender BV and Others v European Commission</i> .	
<i>Zbigniew Raczekiewicz</i>	
The Italian Mechanism of Paid Assistance in Compiling Procurement Documentation	234
Annotation on the judgment of the Court of Justice (Eighth Chamber) of 28 February 2018 in joined Cases C-523/16 and C-536/16 <i>MA.T.I. SUD SpA v Centostazioni SpA and Duemme SGR SpA v Associazione Cassa Nazionale di Previdenza e Assistenza in favore dei Ragionieri e Periti Commerciali (CNPR)</i>	
<i>Marco Ceruti</i>	
 COUNTRY REPORTS	
<i>Denmark</i>	
Transparency in Evaluation Methods – How Much Clarity is Required?	241
<i>Erik Kjær-Hansen and Katrine Thorup</i>	
<i>Serbia</i>	
Public Procurement Review Mechanism in the Republic of Serbia – Current State of Play and Main Challenges	245
<i>Branimir Blagojevic</i>	



MISCELLANEOUS

Imprint II

Editors and Country Correspondents III

QUALITY STATEMENT: BLIND PEER REVIEW AND ORIGINALITY

EPPPL is a **blind peer reviewed** international academic journal that publishes **original** academic articles, research papers and contributions on contemporary legal and policy developments in European Union and International Public Procurement and Public-Private Partnerships

Publisher

Lexxion Verlagsgesellschaft mbH
Güntzelstraße 63 · 10717 Berlin · Germany
Phone: +49 30/81 45 06-0 · Fax: +49 30/81 45 06-22
www.lexxion.eu

Typeset

Automatic typesetting by metiTEC-software
me-ti GmbH, Berlin

EPPPL annual subscription rates 2018*

printed version only	422,00 €
printed version + online edition (incl. archive)**	489,00 €
online edition only (incl. archive)**	422,00 €

* Prices include Postage and Handling. EU Member States: VAT will be added if applicable.

** Single user online access via user name and password.

EPPPL is supplied under our terms of sale and supply.
Copies of our terms and conditions are available upon request.
Lexxion Verlagsgesellschaft mbH. VAT Reg.No. DE 20991990.

For further information please contact

info@lexxion.eu
Tel.: +49 30/81 45 06-0 · Fax: +49 30/81 45 06-22

Contributions

are welcome and should be sent to the Editor at the above address. Any such contribution is accepted on the understanding that the author is responsible for the opinions expressed in it.

Photocopying

All rights reserved. No part of this journal may be reproduced in any form whatsoever, e.g. by photo print, microfilm, or any other means, without prior permission of the publisher. This journal was carefully produced in all its parts. Nevertheless, authors, editors and publisher do not warrant the information contained therein to be free of errors. Readers are advised to keep in mind that statements, data, illustrations, procedural details or other items may inadvertently be inaccurate.

Ownership and shareholdings pursuant to Section 7 lit. a No. 2 and Section 2 No. 6 of the Berlin Press Act: Shareholder of Lexxion Verlagsgesellschaft mbH is Dr. Wolfgang Andreae, Publisher, Berlin.

This journal may be cited as [2018] EPPPL.

ISSN Print 2194-7376 · ISSN Online 2194-7384